

Bezugspreis:

5 Bschl. 30. - Wk. monatl. 10. - Wk. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Standardzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 31. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Hü und Hott in Warschau.

Warschau, 30. August. (Funkpruch.) An den polnischen Außenminister ist ein Funkpruch gerichtet worden, in dem es heißt: „Ihr Vorschlag, den Verhandlungsort von Rinnk nach Riga zu verlegen, ist heute mit etwas Verspätung hier eingetroffen. ...“

Infanterie, 6 Schwadronen, 3 Batterien, 2 Panzerzüge sowie mehrere Hundertschaften bereitgestellt. Um Pandensbildung zu verhüten, ist die Aufsichtung von Orts- und Grenzposten beim Oberpräsidium beantragt worden.

Die Schweizer Neutralität.

Bern, 30. August. (SW.) Das Eisenbahndepartement hat im Einverständnis mit dem Bundesrat das Begehren des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes auf Einsetzung von Personalmissionen für die Überwachung der internationalen Transporte abgelehnt.

Danzigs Wille gebrochen!

Danzig, 30. August. (SW.) In einer Vertrauensmännerversammlung der Danziger Hafenarbeiter wurde beschlossen, sich den Danziger Eisenbahnern anzuschließen und sämtliche Ausladungsarbeiten gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages auszuführen.

Sowjetfreiheit.

London, 30. August. (SW.) Die englische Arbeiterabordnung, die kürzlich aus Rußland zurückgekehrt ist, hat den Schlag ihres Berichtes über die russischen Zustände veröffentlicht. Darin heißt es u. a.: Die individuelle Freiheit und die Freiheit der Rede und der Propaganda sind in allen Hüllen, wo sie eine Bedrohung für das Sowjet-Regime bilden, streng eingeschränkt.

Großstreikgefahr in England.

Nachdem die Abstimmung im Kohlenbergbau 468 000 gegen 182 300 Stimmen für den Streik ergeben hatte, der außer Löhnerhöhungen die Grubenverstaatlichung erzwingen soll, hat Genosse Henderson sich in einem Briefe aufgefordert, sofort nach London zurückzukehren und in direkte Besprechungen mit den Bergarbeitergewerkschaften zu treten.

Frische Kämpfe.

London, 30. August. (Neuter.) In Belfast kam es Montag zu neuen Zusammenstößen. Es wurde mit Steinen geworfen und aus Revolvern geschossen; viele Kaufäden wurden zerstört.

Zur Alandfrage.

Kopenhagen, 30. August. (AL.) Dem englischen Parlament wurde ein Bericht über die Alandfrage vorgelegt, in welchem die finnische und die schwedische Regierung ihren Standpunkt in der Alandfrage darlegen.

Kampfpause im Osten.

Warschau, 30. August. (SW.) Von der ostpreussischen Südgrenze ist nichts Neues zu melden. Uebertritte sind nicht mehr erfolgt. Die Umgruppierung der Polen hält an.

Russischer Bericht.

Moskau, 30. August. Die russische Armee hat in neuen Zielungen die Umgruppierung vollzogen und die Offensiv wieder aufgenommen. Sie hat bereits einige Ortschaften in der Nähe von Bialystok und Brest-Litwsk erreicht.

Polnischer Neutralitätsbruch.

Warschau, 30. August. (SW.) Die die „Allgemeine Zeitung“ erfährt, betrat am 28. August abends eine polnische Patrouille deutsches Gebiet südlich von Willenberg.

Ausnahme italienisch-russischer Beziehungen!

Nach einer Denunziation wird in offiziellen Kreisen Rom berichtet, daß die russische Sowjetregierung im Begriff steht, ihren bisherigen Vertreter in der Schweiz, den Ingenieur Warowski, endgültig zum Gesandten in Italien zu ernennen.

Kamenev fordert.

London, 30. August. (D.S.) Kamenev hat der englischen Regierung eine neue Note überreicht. Sie fordert: 1. Veröffentlichung aller englischen Bedingungen und Forderungen für einen sofortigen und endgültigen Frieden mit Rußland.

Der Grenzschutz für Ostpreußen.

Die des Wehrereiskommando in Königsberg mittelst, sind nunmehr sämtliche übergetretenen Russen in den Lagern Arns und Br. Holland vereinigt, wogegen für die Polen das Lager Endluzan bestimmt ist. Für die Gefangenenüberwachung stehen zur Verfügung bei Arns 3 Bataillone und eine Hundertschaft Sicherheitspolizei, zu der noch eine herrliche Hundertschaft hinzutritt.

Mietsteuer oder Luxussteuer?

Von Stadtrat Dr. Caspari (Brandenburg a. S.).

Der Entwurf des Gesetzes des Reichsarbeitsministeriums über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues ist, wie auch an dieser Stelle von Gen. Dr. Leonhard Holz dargelegt worden ist („Vorwärts“ Nr. 410), nichts weiter als die Verknüpfung einer allgemeinen Mietsteuer.

Die von allen Benutzern eines Gebäudes oder Gebäudeteils verlangte Abgabe von 15 Proz. der Friedensmiete für die Gemeinden ist die schwerste Belastung weitester Schichten der Bevölkerung; und sie wird gerade diejenigen am härtesten treffen, die bereits jetzt unter der Not der Wirtschaftsführung und allgemeinen Lebenshaltung zusammenzubrechen drohen.

Auf das Widerspruchsvolle der Begründung des Reichsarbeitsministeriums hat Genosse Dr. Holz zur Genüge hingewiesen. Der von ihm gezogene Schlag, daß nur die baldige und durchgreifende Sozialisierung des Bauwesens uns auf dem Gebiete des Wohnungsbaues weiterbringen könne, erscheint mir in jeder Beziehung richtig.

Wie die Verhältnisse hier, so liegen sie heute leider allenthalben in Deutschland. Andererseits steht fest, daß es heute in Deutschland noch genügend Menschen gibt, denen weit mehr als hinreichend Wohnräume zur Verfügung stehen.

ohne weiteres heute aufgeben können. Nun gut, dann sollen diese Leute entweder die über den Wohnungsnotbedarf hinausgehenden Räume zur Verfügung stellen, oder sie sollen, falls sie dies nicht wollen, die Luxussteuer zahlen. Die Tatsache, daß heute jeder Luxus treibt, der mehr Wohnräume besitzt, als für seinen Notbedarf erforderlich ist, läßt sich nicht bestreiten.

Ob diese Steuer reichsgefällig einzuführen wäre, steht dahin. Die preussischen Gemeinden können sie von sich aus heute angeht des Kommunalabgabengesetzes von 1893 (§ 23) nicht erheben. Ratsam erscheint mir, die Steuer dem Reiche zu geben, das seinerseits die Einnahmen dort verwenden, wo die Behebung der Wohnungsnot am notwendigsten ist. Es ist durchaus gleichgültig, ob die von dem Charlottenburger Millionär gezahlte Steuer der Behebung der Wohnungsnot in Charlottenburg oder im Ruhrgebiet zugute kommt. Die Hauptsache ist aber, daß bald ein Anfang gemacht wird, daß man den Plan einer allgemeinen Mietssteuer fallen läßt und dafür eine Wohnungssteuer wählt. Sie erscheint mir als ein wertvoller Beitrag zu den Baukosten, die der Staat als Bauberr, um auf die Holzischen Vorschläge zurückzukommen, aufwenden müßte. Ueber die Einzelheiten wäre zu sprechen, sobald der Frage der Einführung einer solchen Steuer ernstlich nähergetreten wird. Vorerst soll an dieser Stelle die Anregung dazu gegeben werden in der Hoffnung, daß dem geschriebenen Vorschlag bald die praktische Tat folgen werde.

Der „unschuldige“ Marešky.

Vergesslichkeiten der „Täglichen Rundschau“.

Die „Tägliche Rundschau“ bringt die Meldung, daß das Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister von Nichtenberg, Dr. Marešky, wegen Beteiligung am Kapp-Putsch vom Bezirksausschuß Potsdam eingestellt worden ist, weil der Bezirksausschuß der Ansicht ist, daß Marešky den Kapp-Putsch nicht nur gemißbilligt, sondern sogar zu verhindern gesucht hat und daß keine der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen erwiesen sei. Im Anschluß daran entwirft sich das Parteiblatt des Herrn Marešky über „die leichtfertige und gewissenlose“ Art, mit der die Gegner Marešky's Beschuldigungen gegen diesen erhoben hätten.

Wir kennen nicht das Beweismaterial, auf Grund dessen der Bezirksausschuß das Verfahren eingestellt hat, aber soviel wissen wir genau, daß wenige Wochen vor dem Putsch Herr Marešky in einer Rede in Frankfurt a. O. ausgeführt hat, daß zur Gewalt gegriffen werden müsse, wenn die Regierung keine Neuwahlen ausschreibe. Den gleichen Gedanken hat Herr Marešky auch schriftstellerisch vertreten, wenn uns nicht das Gedächtnis ganz und gar täuscht — in der „Täglichen Rundschau“ von „leichtfertigen“ und „gewissenlosen“ Beschuldigungen gegen Herrn Marešky kann daher gar keine Rede sein. Denn selbst wenn Herr Marešky wirklich an dem Putsch selber unbeteiligt sein sollte (was wir durchaus dahingestellt sein lassen), so hat er durch seine vorherige Aufforderung zu dem tatsächlich erfolgten Verbrechen jeden Verdacht gegen sich selber begründet.

In ihren weiteren Ausführungen spricht dann die „Tägliche Rundschau“ von der Notwendigkeit, „die dauernden Bedrohungen der Verfassung durch Sozialdemokraten und Kommunisten zur Verantwortung zu ziehen“. Wir gestatten uns die öffentliche Anfrage, wo die „Tägliche Rundschau“ etwas von Bedrohung der Verfassung durch die Sozialdemokratische Partei bemerkt hat. Es wäre ja auch der vollendete Wahnsinn, wenn die Sozialdemokratie plötzlich die Verfassung umstürzen wollte, die sie nicht nur selber geschaffen, sondern unter Einsatz aller Mittel gegen die Putsche von rechts wie von links verteidigt hat. Aber das Blatt der „Gebildeten aller Stände“ glaubt wohl der Intelligenz seiner Leser jede Narrtheit vorsetzen zu können.

Im alliierten Deutschland.

Von Kurt Heinig.

Der Zug fuhr in Wiesbaden ein. Die Bahnhofshalle leer wie ein zu weit gewordener Anzug. Am Zeitungstisch ein nicht uninteressant aussehender Marokkaner, er kauft das „Echo du Rhin“, das Rheinecho. Die Zeitung der Stöger im besetzten Lande. Ich muß an die Wohnhöfe in Belgien denken. Sie sahen jahrelang genau so aus, viel zu groß, alle Raue verzerrt, und deutsche Soldaten kauften den „Belgischen Kurier“. Er war auch nationalliberal.

In Brüssel habe ich manchmal versucht, mich in die Stimmung der Belgier gegen die deutsche Besetzung hineinzudenken. Oft bin ich erschrocken, wenn man mir, den man näher konnte, unberührt, lodernd von Haß, in die wahren Gefühle einen Einblick gab. Es tat mir weh, weil die Erbitterung dem Lande galt, in dem ich geboren bin, das ich liebe. Aber ein Tag in Wiesbaden genügt, um jene Belgier ganz zu verstehen. Als ich im Volkshaus einmal mit dem bekanntesten belgischen Gewerkschaftler über die deutsche Ausbeutung „Soziale Fürsorge“ sprach, antwortete er mir: Wir wollen keine soziale Fürsorge gar nicht, wir wollen trockenes Brot essen, wenn Ihr nur wieder aus Belgien herausgeht. Ich kann mir vorstellen, daß Belgien in Wiesbaden ähnlich sprechen würde.

Wiesbaden ist keine häßliche Stadt; vornehmeres Zeugere, breite Straßen. Die Schulleute müssen vor jedem Offizier stramm salutieren, die Wachparade zieht auf, die hohen Generale haben die besten Wohnungen; alles, was man braucht, muß die Stadt liefern, Posten mit aufgeschlangenen Bajonnet, vorsichtige deutsche Unterhaltung, überall sollen Spitzel sitzen, hin und wieder Anfreundung des Militärs, hauptsächlich mit weiblichen Einheimischen, Betordnungen, Plafate. Dazu rasche Militärautos, hier darf auch von Damen mißbraucht. In den Lokalen, im Kurpark ist die herübergekommene Verwandtschaft, das französische Mädchen, der Vertreter des Handels und der Valuta deutlich merkbar. Ich mußte laut lachen. Ja, das war ja Brüssel unter deutscher Besetzung.

Regiert wird wie in — Belgien. Bei uns drohte gleich das Gefängnis, hier das Krißoh. Bei der Militärmaschine oben manchmal ganz ordentliche Absichten, wenn nicht gerade Beschränktheit und Siegesgefühl dazu kommen, unten Gutmütigkeit und Absartriges im Durcheinander der Charaktere, wie es sich nun gerade gibt. Beschlagnahme ist das entscheidende Wort, damit wird alles regiert. Die Stadt muß Vorbelle einrichten, Offizierswohnungen besorgen, einquartieren, wogtransportieren, herbeschaffen. — gegen Requisitionsklein muß alles gemacht werden und geschieht alles.

Die Spitze der Komik war mir immer die Wachparade. Ich

Der unabhängige Zwiespalt.

Stöcker und Däumig „fest entschlossen“.

In der Debatte über den Anschluß an Moskau nimmt nunmehr in der „Freiheit“ der Moskauer-Delegierte Walter Stöcker das Wort, der ebenso wie sein Mitdelegierter Däumig den Anschluß an die Dritte Internationale propagiert. Von dem eigentlichen Thema, den Anschlußbedingungen, spricht Stöcker vorläufigerhand noch nicht, das behält er einem zweiten Artikel vor. Sein erster Artikel dient nur einer Erläuterung und Verherrlichung des kommunistischen Programms, die so leicht gehalten ist, daß sie hier unerörtert bleiben kann. Freilich: Wenn Stöcker schreibt:

So will die Dritte Internationale das werden, was uns revolutionären Marxisten seit langem, insbesondere aber während des Weltkrieges (Persönliche Bemerkung: Ich lehne es ab, auf die Dredsprieger unanständiger „Vorwärts“-Journalisten einzugehen) als Ziel vorgeschwebt hat.

So kann das denken, die den Kriegsberichter Stöcker während des Krieges verfolgt haben, nur Heiterkeit entlocken, mag Stöcker auch solche für ihn unangenehme Reminiscenzen als „Dredsprieger“ bezeichnen.

Stöcker sucht die Unabhängigen mit der Vorpiegelung zu locken, daß auch die französischen und Schweizer Sozialisten nicht vor dem Anschluß an die Dritte Internationale stünden, wobei er freilich selbst zugesteht, daß diese Parteien vorher erst einen „Abplitterungsprozeß“ durchzumachen hätten. Von der Größe der zu erwartenden Abplitterung zu reden, ist freilich peinlich für jemanden, der ja auch seine eigene Partei durch „Abplitterung“ moskaurin gestalten möchte.

Am Schluß seines Artikels berichtet Stöcker, daß er wie Däumig „fest entschlossen“ sind, mit aller Energie und aller Entschiedenheit für den Anschluß der U. S. P. an die Dritte Internationale unter den festgesetzten Bedingungen zu kämpfen. — Da die Gegenseite ebenso entschieden erklärt hat, die Moskauer Bedingungen abzulehnen zu wollen, so dürfte die Krise in der U. S. P. nicht mehr aufzuhalten sein.

Orgeß für Ostpreußen anerkannt?

Unter der Überschrift: „Anerkennung der Orgeß für Ostpreußen“ meldet die L. U.:

In Anwesenheit und unter tätiger Mithilfe Dr. Escherichs ist in Königsberg eine alle Teile betreffende Einigung zwischen dem Selbstschutz Ostpreußen und dem Oberpräsidenten erreicht worden. Der Schuß der Provinz ist durch ihre verfassungstreuen Männer in schwerer Zeit hergestellt. Gleichseitig ist hierdurch bewiesen, daß auch die maßgebenden Stellen in Ostpreußen sich davon überzeugt haben, daß Escherich im Einklang mit seinem bekannten Programm nur dem Wohl des Ganzen dienen will.

Das Telegraphenbureau, das diese Meldung verbreitet hat, schon mehrfach der Orgeß als Sprachrohr gedient. Auch diese Meldung trägt ihren tendenziösen Charakter deutlich an der Stirn. Offenbar ist sie, wie der Schlußsatz zeigt, von Herrn Escherich selber lanciert worden. Dabei ist sie sachlich reichlich unklar gehalten, so daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erscheint, daß Orgeß hier wieder einmal die Deffektivität irreführen sucht. Ein Selbstschutz für die Provinz Ostpreußen war bekanntlich auch seitens der Regierung geplant, nur sollte er nicht der Orgeß übertragen werden. Trotz ihrer Überschrift sagt nun die Meldung an seiner Stelle klar, daß der gebildete Selbstschutz tatsächlich mit der Orgeß identisch ist. Wir können dies auch trotz der Beteiligung des Herrn Escherich nicht annehmen, denn in diesem Falle würde der demokratische Oberpräsident von Ostpreußen, Herr Siehr, im Widerspruch zu seiner vorgeordneten Behörde, dem Ministerium des Innern, gehandelt haben. Wir erwarten eine amtliche Erklärung zu der Sache.

sehe sie noch immer mit Pöbeln und Kling-Klang die Rue Royale in Brüssel herauskommen; der Tambourstab quillt wie wahnhaftig geworden in der Luft herum — in Wiesbaden ist's eine Trompete —, die Offiziere drücken den Degengriff und machen ernste, wichtige Gesichter, die Poilus haben den Kornisier auf dem Rücken und geben sich Mühe, damit alles klappt, daß keiner ausfällt. Minutenlang glaube ich vor dem Schloß deutsche Soldaten ihre Mäntel machen zu sehen. Wie gleich ist doch in allen Ländern der Militarismus! Die Franzosen, die stets von der deutschen Okkupationsarmee sprechen, sie haben nicht eine neue Idee in ihre Besetzung gebracht. Es sind sogar die gleichen Neuerlichkeiten. Ich fand in der kleinen Kneipe den vorsichtigen mit einem deutschen Zivilisten tuschelnden biden französischen Intendantur-offizier, und im Mannschafsquartier lebten an der Wand die nackten Frauengimmer. Nur eines fand ich nicht: unter 90 Mann hatte keiner eine sozialistische Zeitung auf dem Tisch. Auch einen Soldatenrat dürften sie kaum haben.

Koblenz wirkt amerikanisch. An den Straßenecken müssen die deutschen Polizisten den wild herantretenden Autos mit den Händen Wegweiserzeichen geben, als ständen sie in New York. Und ganz Koblenz rattert dauernd, der Amerikaner kann, wie es scheint, ohne Auto nicht leben. Auf dem Regierungsgebäude weht es französisch, englisch, amerikanisch und belgisch. Es sind aber fünf Fahnenstangen. Die fünfte hat Frankreich noch extra für eine zweite Tricolore bekommen. Dafür können die Amerikaner den Franzosen nicht riechen. Auffallend viele Mädchen sieht man mit den sportmäßig ordentlich angezogenen amerikanischen Soldaten laufen. Er trägt brav das Pakettchen. Fast täglich wird geirout, die amerikanischen Armeepfarrer haben zu tun. Mit einem sprach ich; er sagte mir, daß sich allein bei ihm schon 200 Soldaten und Offiziere verheiratet hätten. Als es noch verboten war, kamen die Bräute schwanger. Das genügte dann zur Verbotenslösung. Jetzt sind erleichterte Heiratsbestimmungen geschaffen worden. Das Schnapsverbot gilt für die Amerikaner sehr streng, ich sah die jungen Männer dafür im Café sitzen, Wein trinken, als wenn es Bier wäre und dann davordeckeln. Die Einheimischen empfehlen: ausweichen! An der Vorderfronte steht ein Schilderhans, mit einem undurchdringlichen Gesicht wacht dort ein amerikanischer Soldat und hindert jede Uniform am Eintritt ins Paradies. (Das offiziell erlaubte alliierte ist in Wiesbaden.)

Das Entscheidende ist auch in Koblenz, daß natürlich am Soldaten verdient wird, daß damit viele Meinungen sich äußerlich neu geben, manche innerlich anders werden. Wer denkt nicht an die deutsche Flammenpolizei, bei der Geld und Bevorrugung eine große Rolle spielen. Der Rest ist in Wiesbaden und in Koblenz der gleiche: Unter den Einheimischen mächtigsten Erstarben aller nationalistischen Gesänge, bis in die Reihen der Arbeiter hinein. Dem Weltfrieden dient die Besetzung nicht. Sie ist für jede Versöhnung und Beruhigung wahres Gift. —

Wie ein Freikorps Waffen „abliefern“.

Unter der Überschrift „Wie Offiziere siefeln“ wurde hier über das Freikorps Kiewitz und seine merkwürdige Siedelungstätigkeit vor einiger Zeit berichtet. Von reaktionärer Seite wurde mehrfach bestritten, daß das Bataillon Kiewitz seine Waffen in die Siedlung mitgenommen habe. Die das „L.“ mitteilt, hat das Bataillon aber nur die von der Marinebrigade empfangenen Waffen abgegeben, nicht auch die aus Kurland mitgebrachten. Tatsächlich haben mitgenommen die R.-G.-R. Stiegitz 12 Maschinengewehre, die R.-G.-R. Matthes 8 Maschinengewehre, die Pionierkompanie Kust etwa 60 Karabiner, 2 Maschinengewehre und Flammenwerfer. Die Waffen wurden in den Quartieren versteckt. Eine Untersuchung beim Abtransport aus dem Munsterlager verlief ergebnislos, weil sie mit der bekannten Oberflächlichkeit vorgenommen und außerdem durch die passive Resistenz der Baltikamer sabotiert wurde.

Wie uns Oberst Lange, der bisherige Chef des Sicherheitswesens von Mecklenburg-Schwerin, mitteilt, hat er gegen die „Deutsche Tageszeitung“ wegen des auch hier erwähnten Artikels „Wozu der Lärm?“ Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

„Prügelstrafe“!

Ein erfundener Bescheid des Polizeipräsidenten.

Die „Berliner Montagspost“ zitiert aus der „Juliust“ einen angeblichen Bescheid des — sozialdemokratischen — Polizeipräsidenten von Berlin auf eine Beschwerde des Bankbeamten Oesterberg, der angeblich am Abend des 23. März in der Polizeiwache an der Kaiser-Wilhelm-Akademie von Polizeibeamten mit Pfosten und Koppelgurten geschlagen worden sein soll. Auf seine Beschwerde soll ihm am 11. Mai der Polizeipräsident dahin beschieden haben, daß der Beschädigte berechtigt gewesen sei, ihm acht bis zehn Hiebe auf das Gesicht zu verabfolgen gemäß eines Befehles des damaligen Abschnittskommandeurs der Reichswehrbrigade 15, dem die Sicherheitspolizei unterstellt war. Nach diesem Befehle seien bei leichteren Vergehen und Dummheitsentscheidungen zur Vermeidung unnötiger Härten eine gehörige Tracht Prügel angeordnet.

Wie die „P. V. R.“ durchaus zuverlässig erfahren, hat der Berliner Polizeipräsident niemals einen derartigen Bescheid ergehen lassen; er hat ihn vielmehr erst jetzt aus der Zeitung kennen gelernt und alsbald seinen Zweifel daran gelassen, daß ein solcher Bescheid seinen Anschauungen nicht im entferntesten entsprechen würde. Demgemäß hat er eine sofortige Nachprüfung des Falles angeordnet und die Sicherheitspolizei angewiesen, ihm über deren Ergebnis Bericht zu erstatten.

Auch wir halten eine religiöse Aufklärung des Falles für dringend nötig. Denn nach der unzweideutigen Erklärung des Genossen Richter bleibt nur die Möglichkeit, daß entweder die „Juliust“ oder ihr Gewährsmann den Bescheid des Polizeipräsidenten erfunden haben, oder daß eine untergeordnete Dienststelle den Namen des Polizeipräsidenten mißbraucht hat. In jedem Fall muß der Fälscher zur Verantwortung gezogen werden.

Beihilfen zur Besoldungsreform. Zu der Eingabe des Vorstandes des Preussischen Städtetages an die Preussischen Ministerien des Innern, der Finanzen und des Unterrichts, die sich mit der Vorlage der preussischen höheren Schulen beschäftigt, erfährt der preussische Pressedirektor aus dem Kultusministerium: Von der Staatsregierung sind zur Ausführung der neuen Besoldungsreform über 60 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, aus denen notleidenden Städten Beihilfen zur Durchführung der Besoldungsreform gegeben werden sollen. Das Ministerium hat bereits Schritte getan, um den Provinzialschulinspektoren aufzugeben, die Verhältnisse bei den einzelnen höheren städtischen Lehranstalten zu prüfen, um danach die Höhe der Beihilfen bemessen zu können. Dabei muß allerdings bemerkt werden, daß neben dieser groß angelegten Beihilfenaktion gleichzeitig der Plan eines Abbaues der höheren Lehranstalten zur Prüfung kommt.

Am Zusammenfluß von Mosel und Rhein steht das berühmte Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Es ist aus blödsinnig großen Steinen aufeinandergetürmt, so wie wir Schuljungen es mit unseren Bausteinen machten. Der Rhein schleppt Dampfer und Röhre, Arbeitslose lehnen neben mir am Geländer und klagen ihr Leid: Wir stehen da wie Vogabunden und wollen doch nur Arbeit. — Weder der deutsche Militarismus in Belgien wurde damit fertig, noch der alliierte am Rhein vermag das Elend zu beseitigen. Es ist verständlich, gehören doch beide zur anderen Seite.

„Die Schlossbaroneß“ im Neuen Operentheater. Auf dem Theaterzettel ist zu lesen: „... jede Frau braucht einen Mann zum Lieben“ usw., zu haben bei den Logenschleppern ... und, als weiterer Textauszug: „wenn die Sterne funkeln, kannst du ruhig murren, geh, lach, im Stübchen löst sich das Licht“. Auf diesem kaum unterbreitbaren Niveau hält sich die Dichtung Grünhagens nach einem nicht ähnen Turfmothie Verfalls. Georg Karno schrieb die Musik, die ein Konglomerat von kläglichsten Wendungen, Couplets, Sentiments und Walzern ist, unparisch angewandt, operndast aufgebalden, dürrlich, rasch und mißlos instrumentiert. Reimt ihr den nationalen Einschlag, das Maß, die Puffa-Vorschläge und Sequenzen: das Werk zerplatzt wie eine Seifenblase. Ausgeschiedet war die Aufmachung an Gewändern und Szenarium, fast (bis auf das von selbst verständliche Ausstreichen der Chöre) die musikalische Leistung (P. A. S.). Die Baroneß der Jungfrau der Straaten konnte mit ihrer klaren, sicher gesuchten Stimme und mit heiligem Mut die Wohltaune über den letzten Verfall der Operette nicht aufhalten; auch der schaupielerisch wirksame Euard Bahör nicht, dessen Organ gerade in der letzten Eingabe kumpf bleibt. Als ganz großer Erfolg ist nur zu melden: Das Publikum schien, solange mein Erinnern reicht, unbefriedigt. K. S.

Ein russisches Theater ist wieder einmal in Berlin ins Leben gerufen. Es spielt alle Sonntag nachmittag im Theater des Westens. Man eröffnete mit einem italienischen Lustspiel von Nicodemus. Das Mädchen aus dem Volke, das ein nettes Thema (die konventionelle Gesellschaft und das Naturkind) mit allerlei wirksamen Kontrasten und komischen Parallelen behandelt. Aber wichtiger als das Stück waren uns die Darsteller. Die Truppe hat im Hoftheater Bronsky einen außerordentlich charmanten, mit feinem Humor gesegneten, liebenswürdig-gewandten Darsteller. Das Naturkind wurde von Tamara Duwan mit echter Natürlichkeit durchgeführt (vielleicht etwas zu schwerblütig). Lydia Botiechinskaja gab eine allgige Charge mit starkkomischer Wirkung und ein reizendes Vögeldchen war Lydia Lybina. Nächsten Sonntag: edle Russen (A. S. Tschernow, Lurgeniew).

Das materielle Havelland. Max Bräuner hat aus der Umgegend des Wannesees und allen vertrauten und liebe Motive mit seinem Stift in liebevoller Andacht zur Natur auf Einzelblättern festgehalten und in einer Mappe bereitet (Verlag: Fritz Dender, Jeddendorf). Es ist gut, daß wieder solche Ansichten von Künstlerhand Sinn und Geschmack für Zeichnungen entwickeln, die über der

Groß-Berlin

Jahrmärkte von heute.

Der sogenannte Jahrmärkte läßt sich nicht mehr, er quariert sich, besser gesagt, denn viermal darf fast in jeder Stadt Jahrmärkte abgehalten werden.

Der alte Ausschreiter mit seiner „unverwundlichen“ Glanzbede und dem Taschenmesser mit den zahlreichen Klängen? Gott bewahre. Diese Artikel haben sich überlebt und „leben“ nicht mehr.

Auf einem weiß gedeckten Tisch Instrumente, in einer Schüssel mit rosa gefärbtem Wasser — ist es Enklimatologie oder vom riechartigen Regenwürm gefärbtes Wasser, denn regnen tut es un-aufhörlich — schwimmen Batteriegläserchen.

Auf dem Tisch lange, blutrot und gelbgefärbte Flüssigkeit enthaltende Glasröhren. Die „Patienten“ haben das Ende dieser Röhren zu umfassen und je wilder das Wasser brodelt, um so erschreckender und nervenzerrüttender lautet die Diagnose.

In einem anderen Stand werden harmlos Zigaretten verkauft, d. h., wenn die „Blauen“ oder die „Grünen“ herantreten. Sind diese außer Schmeide, dann werden Sachen, wie Verabreichungsmittel, Opiumzigaretten, nur für Herren bestimmte Damenringlampen-

Achtung Arbeitslose! Von gewissen Elementen wird versucht, die Arbeitslosen zu einer Versammlung nach dem Friedrichshain zu laden.

Mit der Etappe.

Von Scholem Alechem

(Schluß)

Der reiche Mann tut Buße.

Die Sonne neigte sich tief über den Berg, um in wenigen Minuten zu verschwinden, die Hitze ließ nach, und die Etappe näherte sich Gronow, der ersten Station der Wanderschaft.

Vorwärts stand, auf seinem Stock mit der eisernen Spitze gestützt, die Wärme in den Nacken geschoben, und sah zu, wie die Juden wankten und sich in die Brust schlugen.

Scholem Beer Tepliker aus Teplik hatte schon lange nicht so eifrig sein Gebet verrichtet, wie jetzt; er schlug sich wirklich in die Brust: „Ich habe gesündigt, ich habe Verbrechen geübt! Ich habe geraubt!“

Er begann sich mit dem Gedanken, dem roten Beril, zu vergehen und schämte sich vor sich selbst. Obgleich der arme Teufel kaum so viel hatte, um einen Tag davon zu leben, war er nicht zu faul, für einen anderen einen weiten Weg zu Fuß zu machen, sich vor einem reichen Mann zu erniedrigen, sich demütigen zu lassen, um einem armen Juden eine Gefälligkeit zu erweisen.

Er dachte darüber nach, warum er wohl so viele Feinde hatte; warum die Welt so wenig von ihm hielt? Lang vergangene Gedanken, die im tiefsten Innern seiner Seele verborgen lagen, fliegen auf und machten sein Herz vollkommen; er gelobte sich, wenigstens im Alter ein besserer Mensch zu werden.

Zwei Raubmorde aufgeklärt.

Schwere Schußverletzung eines flüchtigen Verbrechers.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, zwei Fälle schweren Raubmordes aufzuklären, die seinerzeit viel von sich reden machten. Es handelt sich um den Raubmord beim Berliner Speditionverein in der Verlängerten Schönberger Straße 15 und um das Verbrechen an der Witwe Thiele-

Der Raubüberfall auf das Kontor des Speditionvereins wurde bekanntlich am 25. Februar verübt. In dem am Bahn-

Bezirksverband Groß-Berlin S. P. D.

Öffentliche Volksversammlungen.

Tagesordnung:

Neutralität — Oberschlesien Was tut unsere Regierung?

Heute Dienstag, den 31. August, abends 7 Uhr.

Berlin: Brauerei Pakenhofer, Farm-Gasse Stromstraße. Brauerei Königsstadt, Schönhauser Allee 10/11. Berliner Vordrauerei, Chausseestr. 64. Berliner Verein, Kongresssäle, Kommandantenstraße 58/59. Andreas-Hefstädt, Andreasstr. 61.

Charlottenburg: Großer Saal des Volkshauses, Rosinenstr. 3. Wilmerdors: Aula der Hindenburg-Oberrealschule, Seepark 36.

Dichtenberg: Zahn-Realgymnasium, Marktstraße. Referenten: Edwin Barth, Louis Brunner, Ernst Heilmann, Gustav Heller, Franz Klähs, Ulrich Kaufher, Willi Siering, Dr. W. Zechlin.

Mittwoch, den 1. September, abends 7 Uhr.

Neukölln: Kliems-Hefstädt, Hasenheide 13. Reinickendorf: Hartmanns-Brauerei, Scharnweberstr. 101/104. Tegel: Lokal-Strandischloß. Köpenick: Im Stadttheater.

Referenten: Dr. Bendiner, Marie Inhacq, Ulrich Kaufher, Dr. W. Zechlin.

Genossen! Genossinnen! Erscheint zahlreich.

Der Bezirksvorstand.

gelände, ganz abseits vom Verkehr, beleagerten Kontor erschienen abends kurz vor 6 Uhr plötzlich vier Räuber, die sich unentdeckt gemacht hatten, eröffneten auf den Kassierer und den Wächter, die noch allein im Bureau anwesend waren, ein heftiges Feuer und raubten 33000 Mark. Der Wächter und sein großer Begleitbund wurden erschossen, die Augen, die für den Kassierer bestimmt waren, schlugen in dessen Fuß und in die Wand hinter ihm ein, trafen ihn jedoch nicht, so daß er wie durch ein Wunder dem Tode entging.

Berliner Kriminalpolizei, ihn auf offener Straße zu stellen und überraschend festzunehmen. Große Bekümmert, an dem Überfall beteiligt gewesen zu sein und getrie in die größte Not, verhielt sich auf die Beamten zu stürzen und griff, als ihm dieses nicht gelang, zu einer Schreibmaschine, die er vollständig zerstörte. Nur schwer gelang es, den Lebenden zu überwältigen. Scheinbar wieder beruhigt sollte er wieder in seine Zelle abgeführt werden. Mithin gab er einem der ihn begleitenden Beamten einen wunden Stoß gegen den Unterleib, daß dieser zusammenbrach; dann riß er sich los und suchte zu entfliehen. Der zweite Beamte setzte ihm nach und gab, als er auf seine Halbtülle nicht stehen blieb, einen Schuß auf ihn ab, der den Verbrecher in den Kopf traf und schwer verletzte. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er als Polizeigefangener in die Charité eingeliefert. Er wird kaum mit dem Leben davonkommen.

Als Täter und Mitwisser des Raubmordes an der Witwe Thielemann in der Köpenicker Straße hatte die Kriminalpolizei bereits einen 21 Jahre alten Landwirt Paul Böser und einen 28 Jahre alten Arbeiter Franz Heinrich festgenommen. Als Mittäter und Anstifter gesucht wurde noch ein Schlosser Cito Riechel, der zuletzt bei der Ermordeten als Schiffsburche gewohnt hat. Riechel war Junfer gewesen. Er sollte von Spandau aus entlassen werden. Es ergab sich jedoch, daß er Heeresfachen verkauft hatte und sollte nun festgenommen werden. Als er das merkte, entfloh er und hielt sich in Berlin auf. Nach dem Morde begab er sich, wie die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, zunächst nach Jossen und arbeitete dort in der Umgebung bei Landwirten. Dann begab er sich teils zu Fuß, teils mit der Bahn nach Stettin zu Verwandten, endlich nach Stargard in Pommern. Kriminalkommissar Dr. Schuppe und seine Beamten fanden überall keine Spur, aber nicht ihn selbst mehr. Gestern veranlassete nun die Sicherheitspolizei eine Razzia im „Weißpferdhaus“ am Ankersplatz. Beamte der Sicherheitspolizei erkannten den Verbrecher und nahmen ihn fest. Er wurde als gefuchter Raubmörder zunächst der Militärbehörde übergeben, dann aber der Kriminalpolizei angeführt. Riechel hatte schon in den Zeugnissen geleugnet, daß Böser ihn als den Urheber und Haupttäter bezeichnete. Davon will er aber nichts wissen, wenn er auch sonst im ganzen geständig ist. Jetzt bezeichnet er Böser als den eigentlichen Täter. Er habe auf dem Hofe die Stiefel ausgezogen und sei dann auf der Treppe geblieben. Als im Zimmer die Lampe geblinzelt habe, sei er davongegangen, während Böser mit Heinrich das Verbrechen ausgeführt habe. Die Behauptungen beider Parteien werden von der Kriminalpolizei weiter nachgeprüft.

Auch das Verbrechen an dem Berliner Kaufmann Jacobi, der in Oberhof in Thüringen spurlos verschwunden ist, scheint seiner Aufklärung entgegenzugehen. Am Sonntag fanden Wanderer im Walde bei Oberhof die bereits stark in Verwesung übergegangene Leiche des kürzlich dort ermordeten Berliner Kaufmanns Jacobi im Unterholz auf. Die Polizei wurde benachrichtigt, die wiederum die zuständige Staatsanwaltschaft in Gotha verständigte. Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft erschien in Oberhof und nahm den Leichnam auf.

Demonstration gegen die Großbeeren-Feier.

Von tiefem Eindruck war, wie uns aus Groß-Beeren mitgeteilt wird, die Gegendemonstration der gesamten Arbeiter-schaft gegen die von einigen Kriegshelden veranstaltete Gedenkfeier der Schlacht von Groß-Beeren. In Massen waren die Arbeiter herbeigeströmt. Wie immer hatte auch bei dieser Gelegenheit die Reaktion dafür gesorgt, daß man den bösen Sozialdemokraten begegnen konnte, indem man ein hartes Gendarmeriekommando aufbot. Offiziell waren 10 dieser Herren zu sehen, und die Ordiselgesessenen versichern, hielten noch eine große Anzahl auf den Höfen. Zum größten Leidwesen der Herren Kriegs- und Putzschreier jedoch mußten sie sehen, daß zu einem Eingreifen keine Gelegenheit gegeben wurde. Wie die Demonstration ihren Anfang genommen, so wurde sie auch in ruhiger und würdiger Weise beendet. Nachdem der U.S.P.D.-Redner in großen Zügen die Verantwortlichkeit des Krieges im allgemeinen illustriert hatte, nahm der Redner der S.P.D. das Wort und erklärte, daß mit demselben Rechte, wie man hier den Massenmord feiere, auch der

erstand vor seinen Augen, wie ein Grab. Zum erstenmal im Leben grübelte er über diese Dinge, zum erstenmal betrachtete er sich wie in einem Spiegel, er sah sich bis ins Innerste und konnte nicht begreifen, wie er bis jetzt mit solcher Blindheit geschlagen war, wie er sich für einen ehrlichen Juden und anständigen Menschen halten konnte, daß es genigte, wenn er jeden Tag betete und von Zeit zu Zeit einen Sechser als Almosen fortgab.

Und der Tepliker Millionär, Scholem Beer Tepliker aus Teplik, begann sich zu erinnern, in welcher Weise er „Almosen spendete“, wie er mit jedem Groschen, den man ihm gewollt hatte entziehen mußte, geizte. Er erinnerte sich, wie er einmal eine Thorarolle für die Synagoge spendete, weil er kinderlos war. Er wollte hiermit sein Seelenheil erkaufen, weil ja niemand für ihn das „Seelengeld“ nach dem Tode verrichten würde. Er schrieb das obligate Schlußwort in der Thorarolle, wie es sich für den Spender ziemte, gab ein anständiges Festessen, zechte die ganze Nacht, und als am nächsten Tag der Schreiber der Thorarolle, Reb Somsen, zu ihm kam und ihn um eine Anleihe bat, wies er ihn wie einen Toten ab.

Noch viele ähnliche schöne Dinge fielen ihm jetzt ein; heiße Flammen loderten in ihm auf vor Scham, die er für sich selbst und andere, ähnliche reiche Juden empfand, die auf ihr Geld so verfaßten waren und sich von ihm nicht trennen konnten.

Scholem Beer fühlte, daß seine Seele jetzt geschlummert, daß sein Herz bis zu diesem Tage wie unter einer Eisplatte gelegen hatte. Kein Tropfen Wärme, keine Spur von Mitleid. Wenn er jetzt etwas für Beril tun konnte, etwas, das seinen großen Fehler wieder gutmachen, seine Sünde verringern und seine Schuld vernichten könnte! ... Aber er wußte nicht, wie er es anfangen sollte. Er schaute tief in sein Herz und in seine Seele hinein und begriff nicht, welchen Wert sein Leben hatte, was er bis jetzt geschaffen hatte. ... Er hatte sechsundfünfzig Jahre, also mehr als dreiviertel seines Lebens hinter sich, hatte um das Dasein gekämpft, Groschen auf Groschen gehäuft, anderen nichts gegeben und sich selbst auch nichts gegönnt. Wenn würde er sein Vermögen hinterlassen? Kinder hatte er nicht, die Verwandten haßten ihn und würden ihn in einem Küffel Wasser ertränken, wenn sie könnten.

Scholem Beer hielt Heberstolz über sein Leben und dachte darüber nach, warum er wohl so viele Feinde hatte; warum die Welt so wenig von ihm hielt? Lang vergangene Gedanken, die im tiefsten Innern seiner Seele verborgen lagen, fliegen auf und machten sein Herz vollkommen; er gelobte sich, wenigstens im Alter ein besserer Mensch zu werden,

seine Seele weitete sich, sein Herz regte sich, seine Augen begannen zu leuchten und loben, was sie bisher niemals geschaut hatten; er fühlte, was er bisher nie empfunden hatte, — er fühlte sich wie neugeboren, so frisch und lebendig wie noch nie in seinem Leben.

Nachdem unsere Arrestanten ihr Gebet verrichtet hatten, fehlten sie den Stappentweg fort.

Beril lächelte auf einem Fuß und spottete über Senich, während der Reiche, in Gedanken versunken, immer schneller ging. In seinem Kopf häuerten allerlei Gedanken, sein Herz floß von Gefühlen über! Etwas klarte sich, löste sich, gestaltete sich in ihm.

„Was laßt Ihr so?“ fragte ihn der rote Beril. „Ihr rennt ja so, daß ich mit meinem lahmen Fuß nicht nachkommen kann.“

„Fällt es Euch schwer, zu gehen, Reb Beril?“ entgegnete ihm der Reiche so weich, wie Beril es von ihm noch nie gehört hatte.

„Stützt Euch auf mich, nehmt meine Hand, wenn Gott gibt, daß wir in Frieden nach Hause kommen, dann sollt Ihr bei mir vorsprechen, und du auch, Senich, ich brauche Euch nötig, ich muß Euch etwas Wichtiges sagen.“

Beril konnte sich nicht vorstellen, was für eine wichtige Sache Scholem ihnen zu sagen hatte und warum sie erit zu ihm kommen sollten. Warum sagte er es nicht jetzt gleich? Warum war er plötzlich so weich geworden?

Senich war überhaupt wie bestrahlt, er sperrte den Mund weit auf und konnte nicht begreifen, wozu ihn der Reiche hatte kommen lassen. Er trat vor ihn hin und fragte: „Werdet Ihr Euch erbarmen, werdet Ihr David Leib befreien?“

„Weidwiel“, erwiderte der Reiche, „wenn er nicht loskommen sollte, sorge ich für Euch; für Euch alle ... Stützt Euch auf mich, Beril, es fällt Euch schwer zu gehen.“

Als die Etappe in Gronow einzog, war die Sonne schon untergegangen und hatte nur einen breiten goldenen Streifen am weiten Himmel zurückgelassen.

Unsere Leute wurden mit Russen empfangen, einem Chor von quakenden Fröschen und medernden Ziegen — und Schaffherden, die eine dicke Staubwolke aufwirbelten. Das war ein Glück, denn dank der Gronower Ziegenherde stiegen die Gronower Juden die Etappe unbemerkt vorüberziehen, ohne zu erkennen, wer durch die Stadt geführt wurde. Sonst hätten die Gronower Juden den Etappenzug angeglockt und ihn mit obenstehendem Aufsehen hinausbegleitet, wie es später in Mikalanka, Mitschulka, Krasnowjelsk, Dschakowj und in den übrigen Etappenstädten geschah, die zwischen Teplik und Seihen gelegen waren.

Wieder im Zuchthaus das Recht habe, seine Würde durch ein Jubiläum unauslöschlich zu machen. Später wollte es der Zufall, daß nach Schluß der Reden die beiden Längste sich begegneten, gerade am Denkmal der Schlacht von Groß-Beeren! Begeistert stimmten beide die Zuschauer in das „Wieder mit dem Krieg“ ein, daß bei dieser Gelegenheit der S. P. D. Redner ausbrachte. Sanderbarerweise verließ mit der Abreise der beiden Redner aus Berlin von Groß-Beeren auch ein Teil der Gendarmerie den Ort. Sollte das nur Zufall sein?

Trotz Wohnungsnot!

Das Berliner Wohnungswesen ist nicht, wie es all die Wohnungen hernehmen soll, um die vielen Wohnungssuchenden zu befriedigen. Nun, da könnte in dem Häuserblock Brunnen- und Soltstraße, den die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in den Jahren vor dem Kriege durch Hauskäufe nach und nach an sich gebracht hat, noch eine beträchtliche Anzahl Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Irren wir nicht, so wurden schon im vorigen Jahre in einigen dieser Häuser, an deren Abbruch und Ersetzung durch Stadtratsgebäude ja einstweilen nicht zu denken ist, ehemalige Wohnungen wieder als solche hergerichtet und vom Wohnungswesen an Wohnungssuchende gegeben. Wir erfahren aber, daß dort noch sehr viel Wohnungen freigegeben und ihrem früheren Zweck wieder zugeführt werden könnten, wenn man die jetzt darin untergebrachten Bureaus zusammenrücken wollte. Mit Schreib- und Zeichentischen sind die Bureaus sämtlich ausgestattet, sie sind aber nicht voll mit Personal besetzt und unter den jetzigen Verhältnissen darf man auch nicht darauf rechnen, daß sobald wieder volle Besetzung nötig wird. Trotz drückender Wohnungsnot darf die A. E. G. diese Raumverschwendung treiben? Das Wohnungswesen sollte da entschlossen greifen.

Unfall oder Verbrechen?

Bermittelt wird der Kriegsbeschädigte Franz Schröder, wohnhaft in Baumfahnenweg, Marienfelder Str. 24. Vor einiger Zeit suchte er durch Inhaber im „Generalanzeiger für Landberg a. M.“ eine kleine Wirtschaft oder ein Landhaus. Am 7. August kam zu ihm ein junger Mann, angeblich aus Schwabemünde bei Berlin, und bot sein Grundstück an. Schröder erklärte sich bereit, noch an demselben Tage mit dem Fremden nach Schwabemünde zu fahren, um das Grundstück zu besichtigen. Um 10 Uhr abends wollten beide vom Schloßhagen Bahnhof abfahren. Seitdem hat Schröder, der 5000 M. mitnahm, nichts mehr von sich hören lassen. Auf dem Trepptor Polizeiamt und auch auf dem Polizeipräsidium in Berlin wurde der Fall als nicht bedenklich angesehen. Man betrachtete Schröder vorläufig als nur vermisst. Es erscheint jedoch ausgeschlossen, daß er, der seine Abwesenheit nur auf einige Tage schätzte, seine Familie so lange Zeit ohne jede Nachricht gelassen haben sollte. Schröder ist 38 Jahre alt. Er hat im Kriege das linke Bein verloren, und auch der Gebrauch der linken Hand ist beeinträchtigt. Bei seiner Abreise trug er braunen Anzug und grauen Hut. Der Fremde wird als ein junger Mann von 26 bis 28 Jahren geschätzt, der ein frisches, etwas sonnenbräuntes Gesicht und kleinen Schnurrbart hatte und mit Soldatenrock, hellem steifem Kragen, dunklen gestreiften Beinweibern, braunen Stiefeln und dunklem Hut bekleidet war. Für Mitteilungen über den Verbleib Schröders wäre die günstigste Frau hanfbar.

Befreiung von der Angelegenheitsversicherung! Die Volkshausverwaltung schreibt uns: „Uns wird mitgeteilt, daß vom Rentenausschuß alle Angestellten mit ihren Anträgen auf Befreiung von der eigenen Beitragsleistung abgewiesen wurden, wenn sie nicht in der Lage sind, die notwendigen Dokumente jetzt sofort vorzulegen. Ein derartiges Verfahren entspricht nicht dem Gesetz und wird Veranlassung genommen werden, Beschwerde zu führen. Wir empfehlen allen, die sich durch Abschluß einer Versicherung z. B. bei der Volkshausverwaltung von der eigenen Beitragsleistung zur Angelegenheitsversicherung befreien wollten und noch nicht im Besitz des Versicherungsscheines sind, spätestens heute einen schriftlichen Antrag bei dem Rentenausschuß Berlin abzugeben. Dieser Antrag muß angenommen werden, und ist damit die Frist gewahrt, da die Anträge auf Befreiung bis zum 1. September gestellt sein müssen.“

Die Massenentlassung bei der Berliner Parkverwaltung. Der Arbeiterrat der hiesigen Parkverwaltung hat seine Stellungnahme zu der Frage der Massenentlassungen gegenüber der Betriebsleitung in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, der wir folgendes entnehmen: Der Arbeiterrat erhebt gegen die Maßnahme der Entlassung von 650 Arbeitern entschiedenen Einspruch. Der Grund liegt lediglich nach dem Anspruch der Betriebsleitung in Geldmangel. Der Etat für dieses Jahr stellt bereits eine große Einschränkung vor, infolgedessen die Unterhaltungsarbeiten nicht wie gewünscht erledigt werden konnten. Es ist zweifellos fest, daß es ausgeschlossen ist, mit den vorhandenen Kräften, die unbedingt notwendigen Arbeiten auszuführen. Es wird hierbei abgesehen, daß viele durch die Kriegsjahre unterbliebenen Ausbesserungen an Wegen, Anlagen, Bänke, Gitter, usw. nicht vorgenommen werden können. Andererseits ist es unangebracht, daß in einem kommunalen Betriebe, wo Arbeit vorhanden ist, diese Maßnahmen getroffen werden, um dadurch die allgemeine Arbeitslosigkeit noch zu steigern. Der Arbeiterrat bittet auf diesem Wege die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, insbesondere die sozialistischen, dafür einzutreten, daß die Entlassung nicht durchgeführt wird.“

Eine bairische Feiertagsfeier fällt am 1. September, abends 7 1/2 Uhr, der sozialistische Arbeiter in der Aula des Kaiserin-Augusta-Gymnasiums, Charlottenburg, Courcierstr. 26, ab. Er wird von den Werken der Selma Lagerlöf vorlesen.

Das Einsteiner Relativitätsprinzip und seine astronomischen Beweise lautet das Thema des Vortrages, den Dr. Dr. Archenhold am Mittwoch, den 1. September, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal der Treptow-Eternitwerke hält. Mit dem großen Fernrohr werden bei klarer Wetter von 2 bis 6 Uhr die Sonne oder die Venus, von 6 bis 9 Uhr Jupiter oder Saturnus und von 9 bis 11 Uhr der Mond beobachtet.

Verband sozialistischer Lehrer. Heute 8 Uhr, in der S. 36. Gemeindefschule, Gipsstr. 23 a, Vortrag des Referenten Richard Müller über: „Gewerkschafts- und Altersfragen.“

Lärmjahren in der Friedrichshagener Gemeindevertretung

Eine Arbeitslosendemonstration und das Wiedererscheinen der Unabhängigen, allerdings nur als Einleitung eines neuen Streiks, bildeten den Auftakt der letzten Sitzung der Friedrichshagener Gemeindevertretung. Zunächst wurde über die als Dringlichkeitsantrag behandelten Forderungen der Arbeitslosen drei Stunden lang verhandelt. Die Arbeitslosen hatten sich vorher in den Bürgerhäusern versammelt, sich dann zu einem Demonstrationzug formiert und erschienen vor dem Rathaus und im Rathaus. Im Sitzungssaal und Treppen waren überfüllt. Als Beauftragter der Arbeitslosen wurde Herr H. H. H. zur Sitzung zugelassen, um die Forderungen zu begründen, die schon vorher dem Gemeindevorstand unterbreitet worden waren. Nach der Begründung durch H. H. H. erklärte man eingehend die gestellten Forderungen. Allgemein anerkannt wurde, daß die Not der Arbeitslosen gemindert werden müsse. Namentlich traten auch unsere Genossen lebhaft dafür ein. Andererseits wurde betont, daß infolge des langjährigen Arbeitens der kommenden Verwaltung Groß-Berlins es nicht möglich sei, irgendwelche Mittel selbständig zu bewilligen. — Schöffe H. H. H. meinte, daß wenig Aussicht vorhanden wäre, daß Berlin noch weitere Mittel für Notstandsarbeiten bewillige. Beschlossen wurde dann: Der Gemeindevorstand wird beauftragt, bei dem engeren Ausschuss zu beantragen, aus dem Überprüfungsamt von 1918 dem Wohlstandsfonds 100 000 M. zur Verfügung zu stellen. Es erfolgt Speisung der Kinder der bedürftigen Bevölkerung. Ein Arbeitslosenrat nach dem Au-

frage der Arbeitslosen wird zugelassen. Aus den Gemeindevorstand wird der Kinderpeisung Obst zugewiesen. Die Fürsorgekommission und die Erwerbslosenkommission haben die Anträge gemeinsam durchzusehen.

Hierauf kam der Fall des unabhängigen Schöffen Kawroci, der am 11. Juni den Auszug der Unabhängigen und ihren Streik veranlaßt hatte, erneut zur Verhandlung, wobei es im Vorzimmer zu Lärmjahren kam, wie sie das Gemeindehaus von Friedrichshagen noch nicht gesehen hat. Die Unabhängigen der Gemeindevertretung und Gemeindeverwaltung waren nach mehrtägigem Streik vollständig erschienen. Ursache des Streiks war bekanntlich der am 11. Juni gemäß einem Antrage unserer Genossen gefasste Beschluß, dem Schöffen Kawroci (H. S. P.) weitere Dezerete nicht zu übertragen, solange das gegen ihn wegen der Märzunruhen schwebende Verfahren nicht abgeschlossen sei. Die Annahme hatte die Einstellung des Verfahrens zur Folge. Ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen verlangte, zu beschließen, den Beschluß vom 11. Juni aufzugeben. Der Antrag wurde durch Steuer (H. S. P.) begründet. — Gemeindevorsteher Genosse Mittenzweig wandte sich gegen den Antrag und machte u. a. geltend: Durch die Annahme sei die Angelegenheit erledigt. Durch ihr Weggehen aus der Sitzung vom 11. Juni und durch den Streik hätten sich die Unabhängigen ins Unrecht gesetzt. S. H. H. als Vertreter der Bürgerlichen verteidigte dieselbe Ansicht. Schöffe Kawroci selber bemerkte: Die Gemeindevertretung hätte kein Recht gehabt, gegen einen, der sich politisch verhalten habe, solche Beschlüsse zu fassen. Die Unabhängigen seien nur wieder erschienen, um die Interessen ihrer Wähler wahrzunehmen, die in den verflochtenen Monaten nicht wahrgenommen worden seien. Sie wollten die Streitart begraben, wenn jener Beschluß aufgehoben werde. Würde der Beschluß aber nicht aufgehoben, dann seien sie gezwungen, endgültig die Sitzung zu verlassen und die Sache der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Die bürgerlichen Vertreter hatten sich mit den Reichssozialisten auf einen Antrag in folgender Fassung geeinigt: Die Gemeindevertretung nimmt Kenntnis von der Einstellung des Strafverfahrens (infolge der Amnestie) und davon, daß der Beschluß vom 11. Juni dadurch gegenstandslos geworden ist. Die Gemeindevertretung lehnte darauf einen Antrag der Unabhängigen ab und nahm den Antrag der Reichssozialisten an. — Nunmehr verließen die unabhängigen Vertreter und dann auch ihr Anhang im Vorzimmer den Saal. Die Lärmjahren im Vorzimmer, die schon vorher eingesetzt hatten, erreichten dabei ihren Höhepunkt. Was an Ermahnungen, namentlich gegen unsere Parteigenossen ausgesprochen wurde, war hanebüchen. „Arbeitervertreter“ war noch das geringste. An Drohungen fehlte es auch nicht.

Als zur Beendigung des Vortrags mußte pausiert werden. Dann kam man zur eigentlichen Tagesordnung. Eine ganze Reihe von Notstandsarbeiten wurden beschlossen, die insgesamt anderthalb Millionen Mark erfordern, wovon 377 000 M. als Zuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge um zu erwarten sind. Unsere Genossen Gede, Heder und H. H. H. traten energisch dafür ein, daß die Inangriffnahme von Bauarbeiten, Notstandsarbeiten usw. mehr als bisher beschleunigt werde. Selbst manche der bereits beschlossenen Arbeiten seien leider bisher noch nicht ausgeführt. — Beschlossen wurde noch eine Anleihe von 7 250 000 M. zur Deckung schwebender Schulden, die im Rechnungsjahr 1918/20 entstanden sind durch Notstandsarbeiten, Bauarbeiten, Siedlungsarbeiten, Gehalts- und Löhnerhöhungen usw. Alles übrige mußte der vorgerückten Zeit wegen vertagt werden.

Bris. Die Gemeindevertretung bewilligte in ihrer Sitzung vom 27. August der Bauoffenschaft „Jonal“ zum Zwecke des Wohnhauses einen Zuschuß in Höhe von 815 000 M. Die Kosten für den Neubau des Feuerwehrgeländes in Höhe von 675 000 M., ebenso die für die Siedlung am Marienfelder Weg in Höhe von 515 000 M. wurden gleichfalls genehmigt. Bei letzterer Angelegenheit fordert Lindenberg namens der S. P. D. Weiterführung der Straßenbauarbeiten auf dem Siedlungsgelände, eventuell als Notstandsarbeiten. — In einer einstimmig angenommenen Entscheidung wird der Gemeindevorstand aufgefordert, bei den maßgebenden Stellen für die Weiterführung genannter Arbeiten zu wirken. — Der Lohnstarif für die Gemeindegewerkschaft wird nach dem vorliegenden Schiedsspruch einstimmig genehmigt. — Ein vom Dezerenten vorgeschlagenes Verbot der Firma Köppling u. Co. bei Gelegenheit eines Wohnungswechsels führt zur Annahme eines Antrages, der das Wohnungswesen auffordert, mit allen Mitteln die Firma zur Anerkennung der in Frage kommenden Verordnungen zu zwingen. — In nichtöffentlicher Sitzung wird wegen Ankauf des Bredehagen Rittergutes und über Siedlungspläne am Marienfelder Weg verhandelt.

Neußliner Ortsleiterwahl. Nach dem Beschluß der allgemeinen Versammlung aller Ortsleiter Neußlins vom 22. Juli ist nunmehr der Ortsleiterwahl, dessen Errichtung schon seit langem als durchaus notwendig angestrebt wurde, in Neußlin begonnen. Ihm gehören an: Otto Hoffmann (H. S. P. D.), Brunsdorfer Str. 8, als Vorsitzender; Heinrich Schulz (H. S. P. D.), Bergstr. 188, als Schriftführer, sowie Otto Fischer (H. S. P. D.), Wilmersb. Str. 6, Wilhelm Friedrich (H. S. P. D.), Schierkestr. 44, Oskar Hütel (H. S. P. D.), Meierstr. 24, Johanna Rogge (H. S. P. D.), Thomasstr. 34, und Paul Steindl (H. S. P. D.), Eberstr. 32. Für den Ortsleiterwahl bestimmte Schriftsachen sind zu adressieren: „Ortsleiterwahl Neußlin“. Es muß nun erwartet werden, daß der Verkehr zwischen Ortsleiterwahl, Eltern, Elternbeiräten, Lehrerkollegien und Schulverwaltung ein lebhafter und anregender wird und sich zu fruchtbringender Arbeit im Interesse der Schule gestaltet.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Treptow. 250 Gramm Hefersoden, 3 Pakete Süßholz H. Pöding, Zucker für die Zeit vom 1.—15. September 275 Gramm.
Wilmersdorf. 7 Pfd. Kartoffeln, 375 Gramm Auslandsküder für Einmachzweck, 125 Gramm Hefersoden für Kinder; 6 Stk. Milchpulver, 2 Pakete Süßholz, für werdende Mütter; 4 Pfd. Rüberrüben, 30 bis 200 Gramm Treptowganzl, 1 Dose Malsgetraut, 3 Dosen Kondensmilch, für stehende Mütter; 2 Pfd. Rüberrüben, 50 bis 200 Gramm Treptowganzl, 1 Dose Malsgetraut.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 31. August:
17. Abt. 7 Uhr in der 220. Anabengemeindefschule, Naglerstraße: Elternversammlung.
Schöneberg. Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr im Landfahnenweg, Palmenstraße. Thema: Neutralität Ober-Schlesiens und was ist die Regierung? Referent: Genosse Kadel.
Mariendorf. 7 1/2 Uhr bei Hoch, Chausseestr. 44: Regitation, Musikvorträge.
Korow b. Berlin. 8 1/2 Uhr bei Berni, Dorfstr. 41: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Rollenangelegenheiten. 2. Bericht über den Bezirkstag am 8. und 22. August. 3. Bericht über den Bezirkstag am 8. und 22. August. 3. Bericht über den Bezirkstag am 8. und 22. August.
Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.). Ortsgruppe Rietzenberg: 7 1/2 Uhr bei Schindler, Simplicienstr. 42. Vortrag über: Sozialismus und Frau. — Ortsgruppe Tempelhof: 7 1/2 Uhr bei Gule, Berber, Ede Kaiser-Wilhelm-Straße. Vortrag über: Pazifismus.

Morgen, 1. September:

15. Abt. 7 1/2 Uhr bei Gilmold, Pusthauer Str. 24, Bezirksführer- und Funktionärversammlungen.
S. P. D. Elternbeiräte des Kreises Friedrichshagen. 7 Uhr: Elternbeiräteversammlung in der Aula der 2. Handwerkerschule, Andreasstraße 1. Referent: Genosse Dr. Loßmann. Thema: Richtlinien und Aufgaben der Elternbeiräte.
Schöneberg. 7 1/2 Uhr Frauenabend. 1.—5. Abt.: Rathaus (Neier Saal), Martin-Luther-Str. 60. Referent: Genosse Gammelski. 6.—8. Abt.: Groß-Schanzstr. 17. Referent: Dr. Rosenfeld. 9. Abt.: Heine, Rubens, Ede Kommandantenstraße. Referent: Genosse Fettsch.

Tempelhof. Wahlverein 8 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße: Debatte über die Verfassung. Tagesordnung: „Unser Brot, Lebensmittelversorgung“. Referent: Genosse Ewald.
Friedrichshagen. 7 Uhr, Sitzung des Gemeindefortschritts, der Betriebsräte und Obleute aller Bezirke bei Tinius, Friedrichstr. 120.
Potsdam. Wahlvereinversammlung, 8 Uhr, bei Beder, Lindenstr. 20. Tägliche Tagesordnung. Mitgliederbuch legitimiert.

Jugendveranstaltungen.

Heute, 31. August:

Bris. Schule, Chausseestr. 132. Vortrag: Ferdinand Lassalle. — **Pankow.** Schule, Eichenstr. 131. Vortrag: — **Schöneberg.** Rubens-, Ede Hauptstraße. Vortrag: Was ist Agitation?

Sport.

Der Arbeiterklub „Fraternitas“ feierte am Sonntag auf seinem Grundstück in der Marienstraße zu Köpenick, umhüllt der Kolonie Wendenhof, die Einweihung eines neuen Klubs. Ungeheure Schwierigkeiten waren zu überwinden, um den schon seit Jahren geborgenen Platz zur Ausführung bringen zu können. Die krollste Lage auf dem Baumarkt ist ein Abgründchen. Nur durch die selbstlose Aufopferung seiner Mitglieder, die selbst mit Hand anlegten, konnte das Werk gelingen. Die neuen Anlagen, bestehend aus: Sitzungsraum, Vorstandszimmer, Restaurationsräumen und Wohnung für den Kantinewart fanden den Beifall der jährlich erschienenen Wasserportvereine. Vom Freien Ruderverband sah man Boote der Vereine: „Vorwärts“, „Freiheit“, „Collegia“ und der Freien Rudervereinigung 1913. Vom Berliner Segelverband, in dem die Berliner Arbeiter-Segelvereine zusammengeschlossen sind, waren vertreten: der „Segelklub 1898“ sowie Mitglieder der „Freien Vereinigung der Tourensegler“. Besichtigt wurde das Boot durch ein Doppelquartett der Friedrichshagener Lieberkehl. Alle Segelboote hatten reichlichen Fragenschmuck angelegt. Der Arbeiter-Schwimmklub „Welle“ erfreute die Erscheinenden durch seine Darbietungen in dem neuen Element. Der Segelklub „Fraternitas“, der auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken kann, zählt eine Flotte von 70 Booten und ist mit einer der größten Segelvereine Berlins.

Berichtszeitung.

Hunddiebstahl im großen.

Ein Hundefreund vor Gericht.

Mit Jubelgebell können die treuen, vierfüßigen Lieblinge der Menschen, die Berliner Hunde, die ja fast immer gewissermaßen „zur Familie“ gehören, den Ausgang einer Verhandlung vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts I begrüßen. Der Hundediebstahl flohriert jetzt in Berlin in solchem Maße, daß man nach einem gestern gefallenen Ausspruch eines Sachverständigen ohne weiteres annehmen kann, daß von den Hunden, die den Händlern zum Kauf angeboten werden, immer der zweite gestohlen ist.

Der „Arbeiter“ Ernst Peters, der gestern vor der Strafammer stand, hatte sich mit zwei anderen Ehrenmännern, die inzwischen schon abgeurteilt worden sind, zu einem Großhandel mit gestohlenen Hunden zusammengetan. Sie durchstreiften die Straßen Berlins, wühlten die Hunde, die ausfindiglos umherliefen, an sich zu locken und verschleppten sie dann, ohne auf das Gebrüll der nach ihren Gebieten sich sehenden Tiere zu achten. Der Betrieb der unbarmherzigen Hundefänger war sehr umfangreich, er erstreckte sich nicht bloß auf Berlin, sondern auch auf Charlottenburg und andere Vororte. In ihrer Leporello-Liste fanden sich Hunde aller Rassen und Größen: Airedale-Terrier, Dobermann, Schäferhunde, Polizeihunde, Wolfshunde, ja selbst ein alter blinder Pudel, an dem sein Frauchen mit zärtlicher Fürsorge hing, war den Unmenschen zum Opfer gefallen. Der Angeklagte war an 26 solcher Diebstähle beteiligt, doch dürfte seine Tätigkeit auf diesem Gebiete noch umfangreicher gewesen sein. Ein Teil der Hunde ist an die Hundehändler Albert Dolleskat und Siegfried Radadt, sowie den Händler Walter Wille verkauft worden. Auf das Treiben der Angeklagten wurde die Polizei durch einen Pastor aufmerksam, dem der Hundehandel der drei Mitangeklagten verdächtig vorgekommen war.

Peters wurde wegen Hundediebstahls zu 1 Jahr 1 Woche Gefängnis verurteilt, die Händler wurden freigesprochen, da ihnen nicht bewiesen werden konnte, daß sie gewußt hatten, die Hunde seien gestohlen.

Aus aller Welt.

Massentod.

Durch eine gewaltige Flutwelle wurden in Ddomari auf der Insel Sachalin 200 Menschen getötet; 500 sind obdachlos.

Großfeuer im Hafen von Genua. Nach einer Radiomeldung aus Genua ist im dortigen Hafen ein gewaltiger Brand ausgebrochen. Das Feuer, das noch weiter wütet, habe bereits für mehrere hundert Millionen Waren, hauptsächlich Seide und Wenz, vernichtet. Das Feuer ist durch eine Explosion auf einem Frachtschiff entstanden. 20 Frachtschiffe mit Waren sind vernichtet worden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Polnische „Mitternacht“. Aus Polen wird den P. S. R. berichtet: Deutsche Arbeiter, die beim Artilleriedepot im Bekleidungsamt der Fortifikation und der Munitionsfabrik zum Teil seit 20 Jahren beschäftigt waren, sind an dem Tage entlassen worden, wo sie den letzten Pfennig der von ihnen für die polnische Kriegsanleihe gezahlten Summe abgezahlt hatten. Unter den Entlassenen befand sich eine Frau, die noch am selben Vormittag von einem polnischen Leutnant den anderen Frauen als Mutter der Pflichttreue hingestellt worden war.

Letztländ Einwohnerzahl. Nach der in Lettland vorgenommenen Volkszählung hat das Land bei einem Flächeninhalt von 64 000 Quadratkilometern 1 508 193 Einwohner. Vor dem Kriege wurde das Gebiet von etwa 2 1/2 Millionen Menschen bewohnt.

Cholera und Hungersticht in China. „Times“ meldet aus Peking: Rädlich von Hunan breitet sich die Cholera in das Gebiet von Schich aus. Viele Dörfer in der Nähe der Peking-Hankau-Eisenbahn sind schon heimgesucht worden. Ganz Nordchina ist infolge des Ausbleibens der Frühlings- und Sommerregfälle von Hungersticht bedroht. Dazu kommen noch die Zerschörungen, die durch große Schwärme von Heuschrecken angerichtet wurden.

Frage an das Schicksal. Wie ein bürgerlich-nationales Tagesblatt, der „Trager Den“ (Tag) erzählt, leidet eine Stadt der Republik (es werden wohl mehrere sein) an argem Kohlenmangel. Alle Gesuche an das Ministerium waren erfolglos. Schließlich versiel man auf das einzig mögliche Mittel und richtete an das Ministerium folgende Anfrage: „Wir erziehen um Befanntgabe, wenn wir bestechen sollen, damit wir endlich unsere Zuteilung erhalten.“

In der tschechischen Armee sind folgende französischen Offiziere „tätig“: 10 Generale, 63 Stabsoffiziere und 71 Subalternoffiziere, dazu Diener, Schreiber usw. Der Spahar kostet jährlich 13 700 000 tschechische Kronen. Ein französischer Gefreiter bezieht um 70 Kronen mehr als ein tschechoslowakischer Oberst.

Briefkasten der Redaktion.

20. R. 98. Uns nichts davon bekannt; sollten wir für unmaßstäblich. **G. C. 113.** Englische Briefe gibt es in der Humboldt-Akademie ufm. „Dellj Gerold“, London.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags. Nimmlich trübe und kühl mit geringeren Regenfällen und mäßigen nordwestlichen Winden. Später besonders im Norden etwas aufklarer.

Verhandlungen in Stuttgart?

Stuttgart, 30. August. (WZ.) Auf die vom Aktionsausschuß der Streikenden der Regierung mitgeteilten Vorschlägen zu Verhandlungen hat die Regierung heute vormittag folgende Antwort erteilt: Die Forderung der beidseitigen Anerkennung des Steuerabzuges vom Lohn wird von der Regierung aufrechterhalten. Nach der Sicherstellung des Steuerabzuges und des ungeführten Betriebes der geschlossenen Werke wird die Regierung die Polizeiwehr zurückziehen. Die Forderung des Einkommensteuergesetzes ist Sache des Reiches und des Reichstages. Die württembergische Regierung ist bereit, der Reichsregierung Vorschläge zu übermitteln.

Stuttgart, 30. August. Die Streiklage hat sich im Laufe des heutigen Tages nicht geändert. Eine Betriebsversammlung der Arbeiterschaft Groß-Stuttgart hat anerkannt, daß der Kampf nicht um den Steuerabzug gehe, und daß die Arbeiterschaft den Steuerabzug anerkenne. Die Regierung antwortete, daß sie auf dieser Grundlage zu verhandeln bereit sei, die morgen vormittag mit einer Kommission des Streikendenausschusses stattfinden sollen. Die Stuttgarter bürgerlichen Mittagblätter werden heute abend ausgegeben.

Stuttgart, 30. August. In der Antwort der Regierung an den Aktionsausschuß der Streikenden heißt es noch: Das Steuergebot muß rechts durchgeführt werden. Unter Anrufung der beteiligten Parteien wird die Regierung bei der Vöbereinstimmung der Entlassenen oder der streikenden Arbeiter mitwirken. An der Ablehnung der Forderung des Lohnersatzes für die Streiktage muß die Regierung festhalten. Die Ruhe wurde bisher nicht geführt.

Der Schiedsspruch im Bankgewerbe.

Der Reichsverband der Bankleitungen hat sich entschlossen, den Schiedsspruch vom 24. Juli 1920 unter der Bedingung anzunehmen, daß

1. die Ueberstundenvergütungen feste Sätze bleiben,
 2. die Arbeitszeit einschließlich einer halbstündigen Pause bei durchgehender Arbeit 8 Stunden täglich, am Sonnabend 6 Stunden, ohne Pause, beträgt,
 3. die Sonderzulagen auf eheliche (1) Kinder beschränkt werden,
 4. die Unkündbarkeit nach 12 Dienstjahren fortfällt.
- Er hat sich ferner bereit erklärt, die Verbeiraterzulage, die der Schiedsspruch auf 1800 M. festgelegt hat, in der bisherigen Höhe von 2580 M. zu belassen.

Eine vernünftige Anordnung.

General von E. Anger in Magdeburg hat, wie der „Halle'schen Zeitung“ mitgeteilt wird, eine Verordnung erlassen, wonach sämtlichen Beamten der Sicherheitspolizei Mitteldeutschlands das Tragen von Halskreuzen auf der Zivilkleidung verboten wird. Durch das Tragen von Halskreuzen werde, so heißt es in der Verfügung, eine Tendenz bewiesen, die sich gegen einen Teil der Bevölkerung richte, und der Polizeibeamte habe neutral zu sein.

Man wird der Verordnung wie ihrer Begründung nur völlig beipflichten können. Es wäre sehr gut, wenn die Verordnung nicht allein auf Mitteldeutschland und die Sipo beschränkt bliebe. Was meint insbesondere Herr Geiler zu einer parallelen Verfügung für die Reichswehr?

Die pflegenden Rationalisten. In der „Täglichen Rundschau“ teilt ein Leser mit, daß die nationalsozialistischen Eltern „auf das Verbot der Sedanfeier preisen“. Sie würden eben am 2. September ihre Kinder nicht zur Schule schicken, „ob das dem Herrn Minister sprachslos abdrückt, und ihrem Einsender scheint unbekannt zu sein, daß es in Preußen einen Schulzwang gibt und daß unbedeutendes Fernhalten der Kinder vom Unterricht eine strafbare Handlung ist. Das sind dieselben Leute, die heuchlerisch über den abnehmenden Respekt vor den Geizigen lamentieren.“

photographischen Wiedergabe außer Achtung gekommen war. Solche Klappen werden jetzt, wo wir auf die Nachbarschaft beschränkt sind, das Gefühl für lächerliche Heimlandsklaffen neu beleben. Das durch sie geschulte Auge wird die Natur mit gesteigerten Sinnen und vermehrter Genüßfähigkeit anschauen.

Das Geheimnis der Sphinx. Neben den Pyramiden von Gizeh steht bekanntlich die ganz aus dem Felsen herausgehauene Nefertitastatue der Sphinx: ein Löwe mit dem Kopf eines Menschen, der die Züge des Pharaonen Oschese trägt. Schon immer vermutete man, daß diese Kolossalstatue nicht massiv sei, vielmehr Gemäuer enthalten. Jedoch erst der Professor Rejzner von der Harvard-Universität entdeckte oben auf dem Kopf der Sphinx ein völlig von Sand verfülltes Loch. Dem Gelehrten gelang es nach mühseligen Grabungen, in das Innere der 20 Meter hohen Figur einzudringen. Er entdeckte einen Tempel mit einer Statue des Königs Nofra. Dieser Tempel ist durch einen langen Gang mit einem Gemach verbunden, das sich in einem der Vorderfüße befindet. Auch viele löcherartige Gefäße wurden gefunden. Professor Rejzner hat bisher Kopf, Brust und Vorderfüße der Sphinx untersucht. Die Grabungen sollen jetzt fortgesetzt werden.

Seine hinter Brettern. Die Barderei markiert, nicht die von unten, sondern die schwarz-weiß-rote; Männer wie Eisen werden zum Lande hinausgeschickt, dem toten Felde hat man sein Denkmal so beismutet, daß man es vor weiterer Verfallung hinter Brettern verbergen muß. Das erste Mal hatte die Arbeiterjugend das Denkmal wieder reinigen können, aber das zweite Mal ist es nicht wieder gut machen. Viele Jahre hat die Leiche ihren kühnen Denkmal haben können, jetzt, da es in einem Innenshof in Hamburg steht, muß es wieder verfallt werden — vor den nationalen Schmettern und Totenbestrahlern.

Theater. Im Theater in der Königstraße steht die Eröffnung der Saison „Sommer der Sonne“ am Sonntag, den 4. September angelegt. — Die Kammerspieler von Venedig „Bohème“ in der Scaupen findet Freitag, den 10. September, statt.

Musik. Acht Abonnement-Konzerte mit dem Bläser-Orchester im Bläser-Saal dirigiert Kapellmeister Edmund Reisel, unter Mitwirkung namhafter Solisten. Der erste Abend findet am 20. Sept. als Wagner-Strauß-Abend statt.

Ein österreichisch-italienisches Kunstabkommen regelt freundschaftlich. Österreich gibt die italienischen Kunstwerke zurück, die ohne rechtsmäßigen Erwerbstitel dahin aus Italien gekommen sind und umgekehrt. Im Frieden von St. Germain war nur von italienischen Kunstwerken die Rede, nun bekommt Österreich auch die ihm abgenommenen Kunstwerke sowie ihm früher der zugehörigen Kunstwerke zurück. An Stelle der Gewalt des Siegers, das von Belgien Deutschland gegenüber geltend gemacht wurde (siehe den Wiener Vertrag), ist hier also das Recht getreten.

Auslandshilfe für Kunst und Wissenschaft. Die Rot unserer Bibliotheken hat in Vorbereitung zur Gründung einer Gesellschaft von Deutsch-Amerikanern geführt, die uns mit amerikanischen Büchern versehen will. Auch die Dichter werden sich auf diesem Gebiete betätigen. — Der baltische Schriftsteller Karl Larzen hat eine „Dichterschule“ für notleidende deutsche und österreichische Dichter ins Leben gerufen.

Die Großmächte und die Weltkriege. Professor Hellen, des bekannten schwedischen Historikers neues Werk, das die Fortsetzung seiner „Großmächte der Gegenwart“ bildet, wird in Kürze im Verlage von S. G. Leubner, Leipzig, erscheinen.

Die Werkstatt der Zitatenfälscher.

Rassalle und die Deutschvölkischen.

Folgender Schriftwechsel wird uns übermittelt:

An den Deutschen Schutz- und Trugbund

Hamburg I.

Postfach 38.

In den letzten Tagen wurde hier vielfach ein Zettel verbreitet mit folgender Aufschrift:

Rassalle sagt: „Die Arbeiterbewegung hat sich fern zu halten von Kapitalisten und Juden; wo diese als Leiter und Führer auftreten, da verfolgen sie auch eigene jüdische Zwecke.“

Es wird hier vielfach bestritten, daß Rassalle dies gesagt haben soll. Ich wäre daher dankbar für eine schriftliche Mitteilung, in welchem Bande und auf welcher Seite der Rassalesschen Schriften sich das erwähnte Zitat findet.

Hochachtungsvoll

gez. Foerder, Rechtsanwalt.

Hamburg, den 20. Juni 1920.

Herrn Rechtsanwalt Foerder

Breslau.

Ihre gewünschte Auskunft über den Ausdruck von Rassalle können wir Ihnen nicht geben. Der Ausdruck findet sich in Fritsch' „Handbuch der Judenfrage“ ohne Quellenangabe. Auf eine Anfrage unsererseits beim Verlag in Leipzig konnte Herr Fritsch die Quelle augenblicklich nicht angeben. Wir werden noch einmal versuchen, in den Schriften von Rassalle selbst nachzusehen. Wir werden Ihnen dann die gewünschte Auskunft geben.

Mit deutschem Gruß

Deutschvölkischer Schutz- und Trugverband.

Hauptgeschäftsstelle Hamburg.

gez. Unterhöfist.

Wir haben starken Grund anzunehmen, daß die Suche ganz und gar vergeblich sein wird, falls sich nicht etwa der Deutschvölkische Schutz- und Trugbund eine Neuausgabe der Rassalesschen Schriften durch die Magdeburger „Lokal-Anzeiger“ besorgen läßt!

Der „Futterkripen“-Schwindel.

Die deutschsprachige Presse bekämpft neuerdings mit Vorliebe, daß das bel ihr recht unbefleckte Kabinett Braun befalls keine Neuwahlen anschiebe, weil es noch möglichst viel Zeit herauszuschlagen suche, um Sozialdemokraten in die Verwaltung hineinzunehmen. Und als Beweis wird, um den deutschsprachigen Leser gebührend erschauern zu machen, behauptet, daß nicht weniger als 182 Landratsstellen mit Sozialdemokraten neu besetzt worden seien.

Wenn dies der Fall wäre, so würde das sicher kein Fehler sein, aber es ist nicht so. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, sind seit der Revolution von insgesamt etwa 500 Landratsstellen im ganzen 134 Landräte neu besetzt worden. Davon 129 endgültig und 65 kommissarisch. Davon sind 20 Mitglieder der S. D. endgültig ernannt und 12 kommissarisch. Unabhängige Sozialdemokraten mögen etwa 4 bis 5 zu Landräten ernannt worden sein. Der größte Teil der übrigen neuen Landräte setzt sich aus alten Verwaltungs- und Kommunalbeamten zusammen. Diese Tatsachen sind schon mehrmals der Presse mitgeteilt worden, aber die reaktionäre Presse wird auch jetzt weitergeschwafeln.

Polnischer Massenmord.

Nach der Deutscher „Schweizer Morgenpost“ ist im nahen Josephsthal ein grausames Verbrechen begangen worden. Mehrere Deutsche, die aus Warschau von einer Bande weggeführt worden waren, wurden in Josephsthal erschossen; ihre Leichen wurden verscharrt. Fünf Leichen sind bereits gefunden worden.

Montag nachmittag wurden in Gegenwart einer Kommission der Staatsanwaltschaft Deutscher die Körper der übrigen fünf Ermordeten ausgegraben.

Von der internationalen Kommission waren ein englischer Major und ein englischer Hauptmann zugegen, ferner eine französische Truppenabteilung. Etwa 100 Meter von der polnischen Grenze ankert sich man mitten im Walde auf die angegebene Stelle und kam bereits in 50 Zentimeter Tiefe auf die verscharrten Leichen. In dem engen Loch lagen die fünf Ermordeten kreuz und quer durcheinandergeworfen, wie verscharrte Viehkadaver. Alle fünf waren nur mit Unterwäsche bekleidet. Selbst Strümpfe und Strümpfe hatten die Mörder ihnen gesteckt. Eine sofort vorgenommene Untersuchung der Leichen ergab, daß die Opfer sämtlich durch Kugelverletzungen in den Kopf getötet waren. Die englischen Offiziere zeigten sich von dem furchtbaren Anblick aus tiefster Erschütterung und Empörung. Der Major äußerte, daß er eine solche schreckliche Untat

nicht für möglich gehalten hätte und daß er nach seiner Rückkehr nach England seinen Landeuten von dieser Tat Bericht erstatten werde. Die Leichen sollen in Deutscher am Dienstag bestattet werden. Aus den angeführten Ermittlungen erhält man folgende folgende Bild:

Die zehn deutschen Arbeiter wurden am Sonnabend, den 22. August, in ihrem Schlafzelt in Magerlowitz bei Rattowich von bewaffneten Polen überfallen und gefangen über die Grenze nach Polen geführt, wo sie erschossen werden sollten. Die polnischen Behörden beschließen jedoch, die Festgenommenen nach Deutschland zu rüberschicken. Am Montag früh wurden zuerst fünf der Gefangenen bei Josephsthal über die Grenze transportiert, während der Rest jenseits der Grenze von Hallersoldaten bewacht wurde. In dem dort an der Grenze auf deutscher Seite gelegenen Walde wurden die Gefangenen dann aufgestellt und niederschossen. Dann begab sich die vier Polen wieder an die Grenze und hielten die übrigen fünf Gefangenen ab, die sie dann, etwa 50 Meter von der ersten Stelle, in derselben Weise ermordeten. Die Leichen lagen die Leichen im Walde liegen und begaben sich nach Josephsthal, wo sie sich ihrerseits der polnischen Bevölkerung gegenüber räufelten und diese aufforderten, sich von den Leichen alle brauchbaren Kleidungsstücke zu holen und die Körper dann zu verscharrten. Dann zogen die Mörder nach dem Dorfjohann, wo sie an einer dort stattfindenden Hochzeit teilnahmen, tranken und tanzten, um sich in der Nacht zu entfernen. Die Opfer dürften zum größten Teil Rheinländer sein. Von den Mördern konnte bisher einer verhaftet

werden. Die übrigen sind geflüchtet. Die Kleidungsstücke der Getöteten und die in ihren Taschen befindlichen Legitimationspapiere sind weg.

Selbst während der Anwesenheit des englischen und französischen Militärs in Josephsthal haben dort Hallersoldaten in Uniform umher, ohne daß die Grenzkontrolle eingeschritten wären.

Montag nachmittag 4 Uhr fand in Breslau die Beerdigung des Generaldirektors Kolditz aus Dehmitz statt. Kolditz ist bekanntlich von autoritätären Polen überfallen, mit Gewehrballen mißhandelt worden und seinen Verletzungen erliegen. Die Beerdigung sollte am Sonnabend vom Trauerhause aus stattfinden. Darauf-

hin drohten die Polen mit gewalttätiger Störung der Trauerfeier. Um das zu verhindern, mußte man den Sarg heimlich in der Nacht in den auf freiem Felde haltenden Zug überführen, um ihn nach Breslau zu bringen.

Der Preussische Pressedienst erzählt:

Die Internationalisierte Kommission teilt mit, daß von einer Aufhebung des Obersten Rates zu Paris, Vorschläge für eine beschleunigte Abstimmung zu machen, nichts bekannt sei.

Die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens befaßt sich gegenüber dem Abkommen mit den Polen zum großen Teil skeptisch. Korfanti hat in den letzten Tagen Kundgebungen veranstaltet, aus denen hervorgeht, daß er das Abkommen als einen Sieg Polens bezeichne, daß er aber anscheinend den Vereinbarungen, die die Polen beabsichtigen, 2. B. partielle Zusammenlegung einer neutralen Sicherheitspolizei, zu entgegen vorzugehen werde. Von einer durchgreifenden Entwaffnung der Polen könne auch heute keine Rede sein.

Der Abtransport der Sicherheitswehr aus Oppeln, soweit sie aus Oberschlesien besteht, ist nicht ganz glatt vor sich gegangen. In der Nacht zum Sonntag fanden vor der Kaserne, in der die zurückgebliebenen Sicherheitsbeamten ihr Quartier haben, patriotische Kundgebungen statt. Da wurde plötzlich bekannt, daß die Eisenbahner sich weigerten, die bereits verladenen Sicherheitswehrlente abzutransportieren. Erst nach längeren Verhandlungen konnte das notwendige Juperpersonal beschafft und die Truppen gegen 7 Uhr morgens abtransportiert werden.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ hat der Oberste Rat die Frist zur Entwaffnung der Bevölkerung bis zum 12. September verlängert. Die Entwaffnung ist eine generelle, infolgedessen werden von ihr auch die neugebildeten paritätischen Ortswehren betroffen.

Nach der „Dena“ hat Korfanti in Anhalt, wo die polnischen Auffständigen besonders große Verwüstungen angerichtet haben, offiziell sein Bedauern über die Verfassungen in Anhalt ausgesprochen und gewissermaßen zur Sühne den Betrag von 32 000 Mark überwiesen.

Im gesamten ober-schlesischen Industriegebiet arbeiten gegen 70 Prozent im Bestreife Jazge noch mehr.

Kein Streik mehr.

Aus Industriekreisen wird mitgeteilt: Die Auslandsbewegung ist verschwunden. Die Arbeit ist durchweg im Gange. Welchen materiellen Schaden die Augustereignisse in Oberschlesien angerichtet haben, ist noch nicht zu überschauen, doch wird man mit außerordentlich hohen Zahlen rechnen müssen. Fordern doch die Polen für ihren Schaden in Rattowich von der Stadt allein 6 Millionen Mark. Bei Ausbruch des Streiks am 19. August betrug der Hauptkohlenbedarf 112 000 Tonnen täglich, diese Biffer war am 20. August auf 75 Proz., am 21. August auf 88 Proz., am 22. auf 26 Proz., am 23. und 24. August auf 23 Proz. gesunken und am 25. August ab wieder langsam an zu steigen. Der Ausfall vom 20. bis 26. August beträgt rund 400 000 Tonnen. Die Wirkung dürfte in erster Linie die Eisenbahn treffen, weiterhin die Industrie, die Gas- und Elektrizitätswerte, vor allem die Zuckerindustrie, die bis Ende September zwei Drittel ihres gesamten Kampagnebedarfs gedeckt haben muß. . . .

Polnische Uebergriffe.

Marienwerder, 30. August. (WZ.) Am Sonntag wurden die beiden deutschen Ueberleitungs-Kommissare in Schwab und Thorn, die Organe des Reichs- und Staatskommissars sind, verhaftet. Die Verhaftung des Schwäbiger Ueberleitungs-Kommissars geschah angeblich unter Spionageverdacht. Der Kommissar wurde nach der Starostei gebracht, wo er seinen ebenfalls verhafteten Sekretär vordien. Dieser wurde am Nachmittag wieder freigelassen. Der Ueberleitungs-Kommissar blieb bis zum nächsten Tage in Untersuchung und durfte Schwab nicht verlassen.

Der deutsche Ueberleitungs-Kommissar aus Thorn wurde am 19. August bei einer Dienstreise nach Marienwerder in Roggenhausen aus dem Zuge heraus verhaftet. Einem polnischen Beamten war ein versegelter Brief ausgefallen, den der Ueberleitungs-Kommissar bei sich führte. Trotzdem er den Beamten auf die Bestimmungen des Weithener Abkommens und des von ihm mitgeführten polnischen Ministerpasses hinwies, wonach er berechtigt sei, antilich Schriftstücke bei sich zu führen, und anheimstellte, Kenntnis von dem Inhalt des Briefes zu nehmen, verhaftete ihn der Beamte. Der Kommissar wurde darauf nach Graudenz zurückgebracht. Dort erkannte der Starost, dem er auf Verlangen vorgeführt wurde, den geschickten Uebergriff an und stellte ihm neue Ausweise aus. Auf dem Bahnhof wurde der Kommissar jedoch sofort erneut von Bürgermeistern verhaftet, welche den Ausweis des Starosten als nicht ausreichend befanden. Der Bitte, den Starosten verhaftet zu werden, wurde nicht stattgegeben. Statt dessen wurde der Kommissar in eine Kaserne gebracht, wo er die Nacht in einer Arrestzelle eingesperrt verbringen mußte. Erst am nächsten Morgen wurde er einem Offizier des Generalkommandos vorgeführt. Er ihm frei ließ. Daraufhin sandte der Starost den Kommissar zum Zweck der Fortsetzung seiner Reise nach Marienwerder in seinem Dienstauto und in Begleitung des Kreiskontrollors bis an die deutsche Grenze. Von Marienwerder aus geschah die Zurückführung des Kommissars nach Thorn persönlich durch den polnischen Generalkonsul in dessen Automobil.

Zuspruch nach Paris.

Genf, 30. August. (Frankfurter Ztg.) Die „Humanité“ veröffentlicht eine Zuskunft des Dr. Breitscheid, in der die französischen Sozialisten darauf hingewiesen werden, daß die beständigen Konzessions- und Interventionsdrohungen der französischen Regierungspresse nicht wenig dazu beitragen, die Hege der Alldeutschen zu fördern. Breitscheid erwartet, daß die französischen Sozialisten den Kampf mehr als bisher in Ueberstimmung mit den englischen Arbeitern gegen den Imperialismus in den Entente-Ländern führen.

Hoffentlich hat Breitscheid auch nicht unterlassen, zu betonen, daß die allerkräftigste Verbekämpfung der deutschen Reaktion jenes Versailler Diktat ist, das von der Breitscheidpartei gar nicht schnell genug angenommen werden konnte.

Ueberwindung von Eisenbahnstörungen. Der Reichsverkehrsminister hat die Eisenbahnabteilungen angewiesen, von jetzt ab alle Störungen, die durch Verfall von Schienen verursacht werden, denen eine fallende Deklaration von Frachten nachzugeben ist, grundsätzlich (durch Öffnen der Verpackungen und dergleichen) daraufhin prüfen zu lassen, ob der Inhalt der Sendung mit den Angaben im Frachtbrief übereinstimmt. Die seit jeher bestehende Vorschrift, daß die Dienststellen sich von der Ueberstimmung der Angaben im Frachtbrief mit dem Inhalt der Sendung zu überzeugen haben, wenn der Verdacht einer falschen Deklaration besteht, ist erneut eingeschärft worden.

Neues Armeniermassaker? Nach einer Havas-Meldung sind 400 Armenier, Männer, Frauen und Kinder, die sich in einer Kirche in Holi (Anatolien) eingeschlossen hatten, von einer Kurdenbande erschossen worden. — Das kann auch eine Tendenzmaßnahme gegen die Nationalistenarmee sein. (Red.)

Gewerkschaftsbewegung

Eine Internationale der Lebensmittelindustrie.

Der zurzeit in Zürich tagende internationale Kongress der Lebens- und Genussmittelbetriebe beschloß, aus den drei internationalen Vereinigungen der Bäcker, Brauer und Fleischer einen internationalen Bund der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebensmittelindustrie zu schaffen. Der Zusammenschluß tritt am 1. Oktober in Kraft. Zürich wurde als Sitz des Bundes bestimmt. Die amerikanischen Delegierten der Industrial Workers of the World verweigerten den Beitritt, weil die Abschaffung des Lohnsystems und die Übernahme der Produktion durch die Arbeiterchaft in dem Statut nicht genügend klar umschrieben sei. Als Sekretär des Bundes wurde Hans Schifferstein-Zürich gewählt. Als nächster Kongressort wurde Weiffel bezeichnet. In einer Resolution wendet sich der Kongress gegen die Nachtarbeit. In einer anderen fordert er die Sozialisierung der Lebensmittelindustrie.

Der Generalstreik der englischen Bergarbeiter.

Am 2. September wird in London eine Konferenz der Gewerkschaften zusammengetreten, um die Schaffung eines unabhängigen allgemeinen Arbeitsrates (Work Council) zu beschließen, der das jüngst gegründete Aktionskomitee ersetzen soll. Er soll 30 Mitglieder haben und bereits am 2. September fertig gebildet werden, um vor allem in den Konflikt der Bergarbeiter einzugreifen. Man hofft, dadurch einen allgemeinen Ausstand der Bergarbeiter zu vermeiden.

Inzwischen vollzieht sich die Abstimmung der Bergarbeiter über den Generalstreik. Obwohl das endgültige Resultat noch nicht bekannt ist, unterliegt es nach einer Drahtmeldung aus London keinem Zweifel, daß eine Zweidrittelmehrheit schon erreicht ist, die den Streik als gerechtfertigt ansieht. Die öffentliche Meinung ist jedoch so scharf gegen den Streik, daß es ungewiß ist, ob die Führer der Forderung der Bergarbeiter nachgeben werden.

Verbandstag der Bankbeamten.

Am Montag wurde die Rembahl des Verbandsvorstandes vorgenommen. Sie ergab die Wiederwahl der alten Vorstandsmitglieder, ausschließlich der zur Opposition gehörenden. Emonts und Marx wurden als Geschäftsführer wieder bestätigt.

Nach der Vorstandswahl versuchten alle noch amfenden Delegierten der Opposition demonstrativ den Saal.

Ein Antrag, die Delegierten, die sich der Erklärung der Württemberger angeschlossen und den Verbandstag verlassen hatten, aus dem Verbandsausgängen auszuschließen, fand einstimmige Annahme. Dem Vorstande wurde anheimgegeben, auch gegen die Ortsverwaltungen, die hinter den Ausschließungen stehen sollten, mit entsprechenden Maßnahmen vorzugehen. Es wurde bemerkt, daß die oppositionellen Mitglieder nur einen Teil der von ihnen vertretenen Mitglieder hinter sich haben.

Der Verbandstag ging nun zur Behandlung des noch nicht erledigten Teils der Tagesordnung über. — Durch einen einstimmig angenommenen Antrag werden die Mitglieder verpflichtet, für die Feier des 1. Mai durch Arbeiterruhe Propaganda zu machen.

Ein anderer Beschluß empfiehlt dem Vorstande, die freundschaftlichen Beziehungen zu den Berufsorganisationen der Bankangestellten aller Länder schleunigst aufzunehmen und die bereits aufgenommenen weiter auszubauen. Darüber hinaus soll auf die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ dahin eingewirkt werden, den Anschluß an die internationale, gewerkschaftliche Arbeiterbewegung herzustellen unter Wahrung der organisatorischen Selbstständigkeit der Angestelltenbewegung als solcher.

Eine einstimmig angenommene Resolution begrüßt das zur Befämpfung des Rapp-Ruffes eingegangene Bündnis zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und beauftragt den Vorstand, die für eine organisatorische Zusammenfassung der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterbewegung erforderlichen Maßnahmen zu treffen, wobei aber die Selbstständigkeit der Afa aufrechterhalten bleiben soll. Die Angliederung der Gesamtenorganisationen an die freigewerkschaftliche Einheitsbewegung soll angestrebt werden.

Die auswärtigen Gäste Alfina-Bien und Dr. Freund-Brag beglückwünschten den Verbandstag wegen der zuletzt gefassten Beschlüsse, durch die sich der Verband rücksichtslos zu den Grundfragen der Massenbewegten Arbeiterbewegung und zur internationalen Solidarität bekannt habe.

Der Rest der Tagesordnung diente der Beratung von Anträgen zum Statut. Beschlossen wurde, im Namen des Verbandes das Wort „Bankbeamte“ durch „Bankangestellte“ zu ersetzen. — Am übrigen wurden die Beiträge der Zeitverhältnisse entsprechend festgesetzt und einige andere Anträge organisatorischer Art beschlossen.

Der Konflikt in den Buchbindereien.

Durch einen am 19. d. M. für rechtsverbindlich erklärten Schiedsspruch sind die Buchbindereibetriebe in den vier Reichstädten Berlin, Leipzig, Stuttgart und München verpflichtet, rückwirkend vom 19. Juli Lohnzulagen zu zahlen. Die Unternehmer weigern sich, diese Verpflichtung zu erfüllen. Sie bestreiten dem Detachierungs-Kommissar das Recht, durch Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs „in ihre privaten Angelegenheiten einzugreifen“ und wollen den Klageweg bis zur höchsten Instanz beschreiten, um ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen. Andererseits wollen aber auch die Arbeitnehmer kein Mittel unversucht lassen, um die ihnen zustehende Zulage zu erhalten. In Leipzig, Stuttgart und München ist die Situation gegenwärtig nicht so günstig, daß die Arbeitnehmer eine Kampfaktion unternehmen könnten. Sie wollen die Zulagen in ihrem Einzelsinne durch Klagen beim Gewerbegericht erreichen.

In den Berliner Großbuchbindereien ist die Geschichtologie zurzeit nicht ungünstig, die Arbeiter haben deshalb beschlossen, durch passive Resistenz die Unternehmer zur Beilegung des Schiedsspruchs zu zwingen. Der Beschluß ist vorige Woche ausgeführt worden, darauf haben die Unternehmer mit weiteren Maßnahmen gedroht für den Fall, daß am Montag nicht wieder ordnungsgemäß gearbeitet werde. Da die Arbeiter nicht willens waren, den Kampf

ohne Erfolg aufzugeben, so war die Drohung der Unternehmer gleichbedeutend mit der Aussetzung, die denn auch am Montag tatsächlich eintrat, da die Arbeiter nicht in die Betriebe gingen. In einer am Montag abgehaltenen Versammlung der Ausgesperrten teilte die Branchenleitung mit, daß sich die Unternehmer zu neuen Verhandlungen bereit erklärt haben und daß die Branchenleitung an den Verhandlungen teilnehmen werde. Sollten die Unternehmer willens sein, nur die Nachzahlung zu verweigern, die laufende Zulage aber zu zahlen, so empfiehlt die Ortsverwaltung, von einer Fortführung des Kampfes abzusehen und wegen der Nachzahlung beim Gewerbegericht zu klagen.

Im Laufe der Versammlung ging die Nachricht ein, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes augenblicklich nicht zu erreichen ist, weil er eine Konferenz in Leipzig abhält. Der Spudius des Arbeitgeberverbandes hat der Branchenleitung unermüdlich mitgeteilt, die Arbeitgeber würden sich wohl nicht weigern, die laufende Zulage zu zahlen, aber die Nachzahlung zu gewähren, sei ihnen nicht möglich, doch würde sich über diesen Punkt vielleicht eine Verständigung erzielen lassen. — Die Mitgliederversammlung der Berliner Arbeitgeber, die gleichzeitig tagte, ließ mitteilen, daß sie den Kampf zu vermeiden wünsche, bindende Zulagen in Abwesenheit ihres Vorstandes aber nicht machen könne, jedoch die Frist für die Rückkehr zur Arbeit bis Dienstag verlängere.

Die Versammlung, in der eine lebhafteste Kampfstimmung herrschte, beschloß nach langer Debatte, falls die Arbeitgeber bis Dienstag abend die bindende Zulage geben, die laufende Zulage vom 19. d. M. ab zu zahlen, am Mittwoch früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Wegen der Nachzahlung wird der Klageweg vorbehalten.

Achtung, Betriebsräte!

Von Dienstag, den 31. August, bis Sonnabend, den 4. September, werden die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund für Deutschland herausgegebenen Einheits-Legitimationskarten für Betriebsräte in unserem Bureau ausgestellt. Inhaber von Legitimationskarten der Afa brauchen keinen Umlauf vorzunehmen. Betriebsausweise erforderlich.

Teilnehmerkarten für die Kurse der Afa können in der Betriebsrätezentrale der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7/10, in Empfang genommen werden. Die Hörgelühr eines Kurfes beträgt M. 5.—. Die Kurse beginnen Ende dieser und Anfang nächster Woche. Es werden sprechen: Georg Bernhard über „Artenwesen und kapitalistische Entwicklung“, Julius Kalkski über „Organisation der Wirtschaft“, A. Th. Müller-Reuhans über „Industrielle Betriebslehre“, Fritz Kapfalk über „Wälan“, Dr. Rudolf Hilferding über „Weltwirtschaft“, Dr. Georg Platonow über „Betriebsrätegesetz und die damit verbundenen Befehle“.

Betriebsrätezentrale,
Berlin NW. 40, In den Zelten 23.

Vorstände und Funktionäre der Gewerkschaften und der Afa!

Mittwoch, den 1. September 1920, abends 6 1/2 Uhr, findet in der „Neuen Welt“, Hallesche, eine Versammlung statt mit dem Thema: „Betriebsorganisationen und freie Gewerkschaften“. Referenten: Fritz Schmidt und Ziska. Der Aufsicht der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

Zum Streik in der Zellulosebranche.

Durch den Streik ist es dem Zentralverband der Angestellten möglich geworden, einmal gründlich in diese Branche hineinzuschauen. Haarsträubende Mißstände werden jetzt aufgedeckt. So beschäftigt z. B. die Firma B. Sulmann u. Co., Ritterstr. 75, neben acht kaufmännischen Angestellten elf Bediener und einen Volontär. Wo ist der Gewerbeinspektor, der dieser Firma einmal gründlich den Kopf zurechtst? Ausgerechnet diese Firma rief am Sonnabend die Sicherheitspolizei zu Hilfe und erreichte, daß die jugendlichen Auszubildenden mit polizeilicher Unterstützung ins Geschäftslokal geschleppt wurden.

Da augenblicklich in Leipzig Messe ist, werden arbeiterfreundliche Zeitungen in Leipzig am Abend gebeten.

Buchbinderverband. Dienstag, den 31. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, in Köfers-Häuschen, Heberstraße 17, großer Saal, außerordentliche Branchenversammlung der Buchbinder. Die Wichtigkeit der Beschlüsse, welche in dieser Versammlung gefaßt werden sollen, bedingt das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Vertrauensleute der Branche des großhändlerischen Gewerbes. Donnerstag, den 2. September 1920, abends 7 1/2 Uhr, bei Jehlra, Reichsforstraße 15, Vertrauensmänner-Sitzung.

Deutscher Werkmeister-Verband. Bezirksverein Berlin 15. Podgruppe: Paniermacher-Industrie. Bezirksversammlung Freitag, den 3. September, nachmittags 3 Uhr, Schulthei, Neue Laubstr. 24/25. Metallarbeiter-Abteilung. Donnerstag, den 2. September, abends 7 Uhr im Schulthei, Neue Laubstr. 24/25.

Zentralverband der Angestellten. Podgruppe 6b. (Spezialangestellte). Mitgliederversammlung am 31. August, abends 7 1/2 Uhr, Kasernenstr., großer Saal, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Wirtschaft

Das Währungsproblem.

Wie wir bereits kurz mitteilen, ist Prof. Gustav Cassel-Stochholm vom Völkerbund beauftragt worden, ein Gutachten zur Behebung der internationalen Währungsschwierigkeiten auszuarbeiten. Teile dieser Denkschrift werden nunmehr der Öffentlichkeit zugänglich. Prof. Cassel geht davon aus, daß die Schwankungen der Wechselkurse es völlig unmöglich machen, den Wert fremden Geldes auch nur einige Tage vorher abzuschätzen. Das ist eines der Haupthindernisse gegen ein Wiederanleben von Handel und Industrie. Die Wechselkurse müßten daher stabilisiert werden, und zwar in der Weise, daß die einzelnen Geldsysteme einen fixierten Wert erhalten, der sich aus dem Verhältnis der betreffenden Geldmengen zu den wichtigsten Waren ergibt. Die einzelnen Geldsorten werden also nicht mehr nach den Vorkriegsparitäten gemessen. Diese gehören einem vergangenen Kapitel der Weltwirtschaftsgeschichte an. Statt dessen wird eine Parität festgelegt, die sich auf der Kaufkraft der einzelnen Geldsorten aufbaut, die „Kaufkraftparität“. Auf die Beständigkeit des Wechselkurses kommt es an, nicht auf seine

Höhe. Dazu müssen die einzelnen Länder selbst gesunde Währungen haben. Vor dem Kriege konnte der Handel in Frankreich und England auf das intensivste betrieben werden, obwohl das französische Geld nur den 25. Teil des Wertes des englischen Geldes besaß. Dasselbe kann und wird der Fall sein für die Zukunft zwischen allen Ländern mit einer stabilen Valuta ohne irgendwelche Rücksicht auf das arithmetische Verhältnis zwischen ihren verschiedenen Geldsystemen.

Wenigerwert ist das Urteil Prof. Cassels über Deutschland: „Um dringend nötige Einkäufe in fremden Ländern zu machen, hat Deutschland während der letzten Jahre in außerordentlich großem Umfange deutsches Geld ausgeführt. Gegenwärtig sind tatsächlich Milliarden deutscher Mark in den Händen von Fremden. Das hat selbstverständlich den Wechselkurs der deutschen Mark erheblich unter seine Kaufkraftparität heruntergedrückt. Es wäre ein glänzendes Geschäft gewesen, deutsche Mark zu den niedrigsten Werten zu kaufen und sie zum Kauf von Waren an dem deutschen Markt zu benutzen, wenn diese Waren dort frei ausführbar gewesen wären. Fast alles hätte unter diesen Verhältnissen aus Deutschland ausgeführt werden können. Das Land war deshalb gezwungen, Maßnahmen zu treffen, um solche Exporte zu verhindern oder sie weniger vorteilhaft zu machen. Und diese Maßnahmen erklärten es, daß die Wiederherstellung normaler Wechselkurse dazu zwingt, mit der gegenwärtigen Praxis der Geldausfuhr zu brechen. Selbstverständlich muß der erste Schritt in dieser Beziehung darauf hinauslaufen, alle im Auslande stehenden Marktschulden in eine konsolidierte Anleihe umzuwandeln. Fraglos sind auch andere Länder auf einem ähnlich peinlichen Wege, und sie sollten gewarnt und ihnen sollte geholfen werden, bevor sie in eine solch kritische Lage kommen wie Deutschland.“

Dies ist zu bemerken, daß die Konsolidierung der Auslandsschulden in Mark bereits vor längerer Zeit erwogen worden ist, u. a. auch in der Denkschrift des Staatssekretärs Fisch über gemeinwirtschaftliche Kapitalbildung. An der Gesundung der eigenen Währung durch Eindämmung der Papierflut, Förderung der Produktion usw. ist man noch immer nicht weit über das Stadium der Beratungen hinausgelangt. Cassel fordert, daß alle Länder ihre Kräfte dazu verbinden, einer weiteren Entwertung ihrer Währung entgegenzuarbeiten, um ihr einen stabilen Wert gegenüber von Waren zu geben.

Die vorliegenden Auszüge aus Prof. Cassels Denkschrift lassen ein Eingehen auf die wirtschaftliche Lastenverteilung durch den Friedensvertrag vermissen. Für Deutschlands Währungsgesundung ist diese aber von entscheidender Wichtigkeit. Cassel ist entschiedener Anhänger der Freihandelslehre und es ist daher von ihm nicht zu erwarten, daß er den Fragen der Wirtschaftsorganisation, wie sie für uns von entscheidender Bedeutung sind, das nötige Verständnis entgegenbringt. Er verurteilt daher auch die Regulierung des Außenhandels, die in Zeiten schwankender Valuta das einzige Mittel ist, die Produktivkraft des Landes auf die Erzeugung wichtiger Ausfußgüter zu lenken und deren Verschleuderung am Weltmarkt zu verhüten.

Von der Reichsbank. Wie der vorliegende Ausweis der Reichsbank für die dritte Augustwoche zeigt, stieg der Banknoten-Umlauf weiter um 191,4 Mill. M. auf 58 653,2 Mill. M., dagegen nahm der Umlauf an Darlehenskassenscheinen um 111 Mill. M. auf 18 081,7 Mill. M. ab. An den genannten Zahlungsmitteln zusammengekommen wurden also diesmal 80,4 Mill. M. neu beantragt gegen 202,6 Mill. M. resp. 97 Mill. M. in der entsprechenden Zeit der Jahre 1918 und 1917. Im Vorjahre war zu der 3. Augustwoche ein Rückstrom an diesen Zahlungsmitteln in Höhe von 305,4 Mill. M. eingetreten.

Dänische Valutasorgen. Infolge der ungünstigen Lage der dänischen Valuta richtet die radikale und sozialistische Presse heftige Angriffe gegen die dänische Regierung. Sie weist auf Norwegen hin, daß ungefähr in der gleichen Lage sei wie Dänemark, das aber im Gegensatz zu Dänemark eine Einfuhrregelung durchgeführt habe, sowie auch auf Schweden, das sich, obwohl es viel besser dastünde wie Dänemark, bemühe, seine Lage zu verbessern. Das dänische Handelsministerium hat die Einsetzung einer Kommission veranlaßt, welche der Regierung Vorschläge zur Regelung der dänischen Valuta machen soll.

Ein französisch-belgisches Ergabkommen. Die französische und die belgische Regierung haben ein neues Abkommen über den Austausch von Eisenerz und Kohlen abgeschlossen. Belgien liefert Frankreich monatlich 100 000 Tonnen Kohlen und erhält für deren Wert Eisenerz.

Die deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich aus dem Ruhrgebiet und Westfalen haben, wie „Journées Industrielle“ aus Straßburg meldet, am Anfang zugenommen. Es scheint, daß die Deutschen ihre Verpflichtungen halten und die in Spa vorgesehene Menge liefern.

Der Kampf gegen die Kohlennot. Am Verleib des nieder-sächsischen Steinkohlenbudditates ist in letzter Zeit eine Anzahl kleiner Kohlenwerke entstanden. Teils sind es neue Unternehmungen, teils aber hat man die Ausbeutung alter verlassener Vorkommen wieder begonnen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ zählt 13 solcher Werke auf, die neu in das niedersächsische Kohlenbudditat aufgenommen wurden, darunter eine Reihe kleiner Betriebe.

Sakmalanstränge der Sowjetregierung für Deutschland. Die sächsische Maschinenfabrik vormals Richard Hartmann in Chemnitz hat laut „Dena“ einen größeren bolschewistischen Auftrag auf Lokomotiven in Höhe von 30 Millionen Mark erhalten.

Verantwortl. für den textl. Teil: Dr. Werner Beiser, Charlottenburg; für Anzeigen: E. Bladt, Berlin. Verlag: Koenigs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Koenigs-Verlag u. Verlagsgesellschaft „Der Ring“ u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
KUKIROL 100000fachbewährt
Preis M. 3.— in Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. KUKIROL steht einzig da.

DIE GUTE MASSARY ZIGARETTE
urteilen Sie selbst